

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum;
Kellern verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 31. Jan. Se. Majestät der König haben zu der von des Fürsten zu Hohenzollern-Hechingen-Hohentzollern beschlossenen Verleihung des Fürstlich Hohenzollernschen Haus-Ordens an die nachbenannten Personen Allerhöchstdie Genehmigung zu ertheilen geruht. Es haben erhalten: Das Ehrenkreuz erster Klasse: der Kaiserlich russische Staatsrath Arnold von Tiedeboehl; das Ehrenkreuz zweiter Klasse: der Kaiserlich russische Kollegien-Rath Matthäus von Reinhardt, und die goldene Ehren-Medaille: der Kaiserlich russische Kollegien-Registrator Iwan Iwanoff.
Am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Berlin ist der Schulanstalts-Rath dat Martiny als ordentlicher Lehrer angestellt worden.
Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist gestern von Meiningen hier eingetroffen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 30. Januar Abends. Nach der heutigen Mailänder „Peseberanza“ soll, Pariser Briefen zufolge, General Lamarmora dem preussischen Kabinette verschiedene vortheilhafte Vorschläge machen, und zugleich erklären, daß falls Preußen sich mit Oesterreich vereinige, Italien Frankreich für sich haben werde.

Pesth, Mittwoch 30. Januar. Ein Plakat fordert die hier lebenden Reservebemannern und Beurlaubten auf, sich spätestens bis zum 10. Februar zu melden, widrigenfalls sie als Deserteure betrachtet werden.

Paris, Mittwoch 30. Januar. Ueber Rom hier eingetroffene Nachrichten aus Gaeta vom 29. d. melden, daß täglich einige hundert Schüsse zwischen der Stadt und den Belagerern gewechselt werden. In der letzten Nacht haben die Piemontesen Tausende von Bomben geworfen, ohne dem Plaze Schaden zu thun.

(Eingeg. 31. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 30. Januar. [Allgemeine Aspekten; Oesterreichs angebliche Bereitwilligkeit zu Bundes-Reformen; Gerüchte über Ministerwechsel.] Man hat aus dem von der Regierung angeordneten Ausschuss der diesjährigen Rekruten-Aushebung den Schluss gezogen, daß die Situation friedlicher geworden und daß namentlich der Streit mit Dänemark in ein günstigeres Stadium getreten sei. In wohlunterrichteten Kreisen will man diese Auffassung nicht gelten lassen. Im Westen und Süden dürfte sich der Horizont allerdings etwas aufgeklärt haben. So hat z. B. in Turin augenblicklich die Friedens-Politik unbestreitbar die Oberhand, weil auch Victor Emanuel begreift, daß Italien für einen erneuerten Kampf gegen Oesterreich nicht stark genug ist und durch einen Krieg unter den gegenwärtigen Verhältnissen leicht in die Alternative kommen könnte, zwischen der Gnade Oesterreichs und der Frankreichs zu wählen. Auch Frankreich hält den Zeitpunkt jetzt noch nicht geeignet, den Kampf mit Deutschland aufzunehmen und zeigt sich daher bemüht, jeden Anlaß zu Reibungen zu vermeiden. Dagegen hält man einen Waffentanz mit Dänemark für äußerst wahrscheinlich. Der Aufschub der Truppen-Aushebung erklärt sich hinlänglich aus finanziellen Gründen und fällt im Hinblick auf die nordischen Verwicklungen um so weniger in das Gewicht, als Preußen über eine hinreichende Truppenstärke verfügt, um gegen einen Feind wie Dänemark sofort mit wirksamer Heeresstärke auftreten zu können. Uebrigens sind auch die mehrfach geäußerten Besorgnisse über die vermeintliche Wehrlosigkeit unseres Küstengebietes durchaus unbegründet. Schon seit Beginn des vorigen Jahres hat unsere Regierung die nothwendigsten Befestigungsarbeiten rüstig betreiben lassen und namentlich auf Herstellung einer Kanonenboot-Flottille zur Vertheidigung der Küsten ihr Augenmerk gerichtet. Diese Veranstellungen dürften hinreichen, um einen dänischen Angriff auf der See Seite fern zu halten. Ueberdies scheint es nicht, als ob Dänemark eine offensive Stellung gegen Deutschland einzunehmen gedenkt. Man vermuthet vielmehr, daß es einem Bundesverfahren, soweit dasselbe sich auf Holstein beschränkt, keinen tatsächlichen Widerstand entgegenstellen und sich auf einen Protestfall beschränken wird. — Die „Allgem. Zeitung“ will bekanntlich wissen, daß der Wiener Hof, unter den Eingebungen Schmerlings, geneigt ist, auf organische Reformen des Bundeswesens einzugehen und ein Alterniren mit Preußen im Bundespräsidium, sowie eine Vertretung der Einzelstaaten durch Ausschüsse beim Bunde zuzugestehen. Ob die angekündigten Pläne überhaupt mehr sind, als die Phantasien eines Korrespondenten, der für die Popularität des Schmerling'schen Ministeriums Reklame macht, muß dahin gestellt bleiben. Hier hat man von Anerbietungen der Art noch keine Kenntniß. — Die Gerichte von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Grafen Schwerin dürften sich nicht bestätigen. Von kompetenter Seite wird entschieden in Abrede gestellt, daß irgend eine Veränderung im Personal des Staatsministeriums zu erwarten sei.

[Berlin, 30. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König ließ sich heute Vormittag von dem Geheimrath Maire und den Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben Vortrag halten und empfing alsdann den Besuch des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen. Als der fürstliche Gast auch der Königin seine Aufwartung machte, ertheilte der König dem General v. Brauchitsch eine Audienz, der bekanntlich eine Mission nach Haag gehabt hat, von der er heute Morgen hierher zurückgekehrt ist. Mittags empfing der König in einer Privataudienz den niederländischen

Generallieutenant v. Stuers, welcher ein Kondolenz- und Beglückwünschungsschreiben des Königs Wilhelm III. überbrachte. Um 2 Uhr konfertierte der König mit den Ministern v. Auerwald und v. Schleinitz, welche zuvor an einem Ministerrathe in dem Konferenzzimmer des Herrenhauses theilgenommen hatten. — Die Königin fuhr heute Mittag zur Kronprinzessin und begab sich alsdann nach dem neuen Museum, in dessen Räumen sie längere Zeit verweilte. Um 5 Uhr war beim Könige Tafel von 36 Gedecken. Außer den hohen Herrschaften befanden sich unter den Gästen die Minister v. Auerwald und v. Schleinitz, der General v. Brauchitsch, der schon morgen auf seinen Posten nach Luxemburg zurückgeht, der niederländische Gesandte Schimmelpenninck v. d. Dye, der General Stuers und andere Personen von Distinktion. Abends ist bei den Allerhöchsten Herrschaften Theegesellschaft, zu welcher die Frau Fürstin von Hohenzollern, die Frau Herzogin von Sagan, der Fürst und die Fürstin Radziwill, der Graf und die Gräfin Porponcher und andere meist diplomatische Persönlichkeiten geladen sind. — Die Fürstin von Hohenzollern, welche von ihrem Unwohlsein völlig wiederhergestellt ist, machte heute der Königin-Wittve in Sanssouci einen längeren Besuch. Morgen will auch die Herzogin von Sagan und die Fürstin Mathilde nach beendeter Trauerkur im hiesigen Schlosse nach Sanssouci fahren. Die hohen Frauen scheinen sich die Aufgabe gestellt zu haben, die Königin-Wittve so viel wie möglich ihrer Abgeschiedenheit zu entziehen. Der Prinz Karl von Bayern hat neuerdings wieder die Nachricht nach Sanssouci gelangen lassen, daß er bestimmt am Sonntag dort einzutreffen gedenkt. — Der Prinz Albrecht trifft morgen Vormittag von seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden hier ein. Am Freitag wird in seinem Palais das Geburtsfest seiner Tochter, der Prinzessin Alexandrine, durch eine Familientafel gefeiert. Die Königin-Wittve, welche dieser Prinzessin eine Mutter gewesen ist, wünscht, daß sie an diesem Tage nach Sanssouci komme. — Die Mitglieder des Herrenhauses aus der Provinz Pommern, ebenso der Fürst zu Putbus u. werden morgen Vormittag von dem Kronprinzen empfangen werden; die Herren wollen ihm in Folge seiner Ernennung zum Statthalter der Provinz ihre Aufwartung machen. — Der Minister v. Schleinitz hatte heute Besprechungen mit den Gesandten Bayerns, Oesterreichs und Neapels. Im Hotel des neapolitanischen Gesandten, Prinzen Carini, wird heute Abend ein General des Königs Franz II. erwartet, welcher ein Kondolenz- und Beglückwünschungsschreiben des Königs überbringt. Der Prinz Carini soll heute dem Minister v. Schleinitz die bevorstehende Ankunft dieses Sendboten angezeigt haben. — Der Handelsminister v. d. Heydt giebt morgen ein Diner, zu welchem er die Präsidenten und mehrere Mitglieder des Herrenhauses geladen hat. — Der Oberpräsident v. Bonin, der kurze Zeit auf seinem bei Genthin gelegenen Gute verweilt, ist heute Morgen wieder von dort hier eingetroffen. Heute Mittag begab er sich in das Ministerium des Innern. Wie es heißt, begiebt sich Herr v. Bonin schon in den nächsten Tagen wieder nach Posen zurück. — Von den hohen Gästen, die hier am Hofe verweilen, haben der Herzog und die Herzogin von Augustenburg heute Morgen Berlin verlassen und sind zunächst nach Frankfurt a. M. abgereist. Dort will der Herzog mit unserem Bundesstatthalter v. Uedom konfertiern und dann seine Reise nach Gotha fortsetzen. — Der junge Kaufmann, der seit Montag Abend von der Polizei verfolgt wird, soll mit etwa 40,000 Thalern flüchtig geworden sein. Bisher hat man noch keine Spur von ihm aufgefunden. Sedenfalls war die Flucht gehörig vorbereitet. — Wir haben jetzt schon mehrere Tage mildes Wetter, so daß bereits mehrere Bauten weiter geführt werden. Den Arbeitern ist dadurch sehr geholfen.

— [Zentralkommission für das agrikultur-chemische Versuchswesen.] In den „Annalen der Landwirtschaft“ wird folgender schon erwähnter Ministerialerlass zur Instruktion der Zentralkommission für das agrikultur-chemische Versuchswesen mitgetheilt: 1) Der Zweck der durch meine Verfügung von heute ernannten Zentralkommission ist, den Sammel- und Mittelpunkt für die agrikultur-chemischen Versuchsstationen zu bilden, welche theils bei den höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten als unmittelbare Staatsinstitute unterhalten werden, theils von landwirtschaftlichen Vereinen etabliert sind und Staatsunterstützung genießen. 2) Alle diese Versuchsstationen sind von mir veranlaßt, nicht nur ausföhrliche Jahresberichte über ihre Arbeiten, sowohl die bereits mit Erfolg beendeten, als die noch nicht abgeschlossenen, zu erstatten, sondern auch von wichtigen Entdeckungen und besonders interessanten neuen Unternehmungen mir zum gemeinen Nutzen baldige Anzeige zu machen. Diefem Dienste der Wissenschaft werden auch die Stationen der landwirtschaftlichen Vereine sich um so weniger entziehen, als hierin zugleich der Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Staatsbeihilfe liegt, welchen zu führen ihnen selbstverständlich obliegt. 3) Dieses Material soll der Zentralkommission durch die Ministerialbüreaus unverweilt vorgelegt werden. Sie wird dasselbe sammeln, ordnen, sichten und, was sich dazu eignet, zur Veröffentlichung bearbeiten. Sie wird zugleich die Vermittlerin sein zwischen den einzelnen Versuchsstationen untereinander, namentlich die Resultate wie die Probleme der einen durch Mittheilung an die übrigen zur etwa nöthig scheinenden weiteren Erörterung bringen. Die Zentralkommission ist sonach der Vereinigungspunkt der wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Chemie im preussischen Staate. Sie soll werthig beitragen zur fruchtbringenden Entwicklung des vaterländischen Versuchswesens und sich den einzelnen Stationen als beratende und handreichende Führerin darbieten. Es ist ihr anheimgegeben und empfohlen, nach eigenem Ermessen gewisse Aufgaben zur gleichzeitigen Bearbeitung vorzuschlagen; je allgemeiner der wissenschaftliche und praktische Werth derselben anzuerkennen ist, desto gewisser wird sich die weitestehende Thätigkeit der Fachgenossen ihrer Erledigung zuwenden. Auch hierbei kann vorausgesetzt werden, daß die Privatstationen nicht gegen die Staatsanstalten werden zurückbleiben wollen. 4) Die Zentralkommission hat neben ihrer einwirkenden zugleich eine beobachtende Stellung einzunehmen und ihre Aufmerksamkeit auf die Handhabung des Versuchswesens im Allgemeinen wie im Einzelnen zu richten. Ich erwarte hierüber am Schlusse jeden Jahres einen ausführlichen Bericht, insbesondere über die Leistungen der verschiedenen Versuchsstationen, verbunden mit gutachtlichen Anträgen, wozu die Lage der Sache etwa Veranlassung giebt. Bei der völligen Freiheit dieser Stationen in Bezug auf ihre Organisation, Selbstverwaltung und Bewegung kann eben nur das Maas ihrer nützlichen Leistungen und der Grad der Vervollkommnung ihrer Einrichtungen zur Grundlage für die Bewilligung weiterer Staatszuschüsse gereichen. 5) Die Zentralkommission besteht bis auf Weiteres aus fünf Mit-

gliedern. Der Vorsitzende ist von mir ernannt; er vertheilt die Arbeiten und beruft die Versammlungen der Kommission, so oft es ihm zweckmäßig erscheint oder von einem Mitgliede beantragt wird. 6) Die sonstige Geschäftsordnung, der Bureau- und Kanzleidienst, sind denen des Landes-Oekonomikollégiums gleich. Das öffentliche Organ der Zentralkommission sind die „Annalen der preussischen Landwirtschaft“. Berlin, 24. Nov. 1860. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Pöckler.

— [Der Spiritushandel nach Frankreich.] Die speziell in Beziehung auf den Spiritushandel zu dem neuen Handelsvertrage zwischen Frankreich und England geschlossene Additionalkonvention tritt am 1. Oktober d. J. in Wirksamkeit. Die Bestimmungen dieser Konvention sind nun der Art, daß hiesige Spiritusfabrikanten daraus eine Gefährdung der zollvereinsländischen Interessen glauben befürchten zu müssen, namentlich aber der Befürchtung Raum geben, daß jeder Spiritusexport aus dem Zollverein nach Frankreich dadurch für die Folge werden unmöglich gemacht werden. Sie wandten sich deshalb in einer Eingabe an das Ministerium und baten um Abwendung dieser drohenden Folgen. Der Handelsminister hat in Folge davon einen sachverständigen Bericht des preussischen Generalkonsuls in London eingefordert, um je nach dem Ausfall dieses Gutachtens noch vor dem 1. Oktober Schritte zur Beseitigung der vorhandenen Befürchtungen zu thun. Dieses Gutachten ist nunmehr hierher eingegangen, es werden in demselben aber die Befürchtungen als nicht gerechtfertigt sehr ausführlich motivirt nachgewiesen, und dürfte deshalb auch, um zur Beruhigung der zollvereinsländischen Spiritusfabrikanten beizutragen, dies Gutachten in nächster Zeit durch das preussische Handelsarchiv veröffentlicht werden. Im Uebrigen wird auf diese Verhältnisse bei den nahe bevorstehenden Verhandlungen wegen Abschlußes eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und dem Zollverein Rücksicht genommen werden.

— [Der Pensions- und Wittwenkassenverein der Aerzte in Preußen], zu dessen Gründung in Naumburg a. S. ein Komite unter den Doktoren Hartmann, Wagner und Reil zusammengetreten ist, findet bereits in allen Provinzen Theilnehmer. Aus mehreren Kreisen hat sich die größte Anzahl zum Beitritt gemeldet. Der Minister v. Bethmann hat dem Komite seine Theilnahme für den glücklichen Fortgang des Unternehmens ausgesprochen. Von einzelnen Kreisphysikern ist das Unternehmen so gefördert worden, daß der Verein bald 1000 Mitglieder zählen würde, wenn eine ähnliche Förderung in den meisten Kreisen nur annähernd stattfände. Das Komite beabsichtigt, den Termin für die Beitrittsmeldungen um 4 Wochen zu verlängern.

— [Erklärung Dänemarks in der holsteinischen Angelegenheit.] Nach einer Depesche der „B. B. Z.“ aus Hamburg vom 29. Jan. hat die dänische Regierung beschlossen, in Frankfurt die Erklärung abzugeben, sie könne und werde den holsteinischen Ständen die hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom Bunde für dieselben in Anspruch genommenen Befugnisse nicht zugestehen.

— [Ein politischer Flüchtling.] Unter eigenthümlichen Umständen wird, wie man dem „N. K.“ mittheilt, in diesem Jahre ein Flüchtling zurückkehren: Gustav Körner aus Frankfurt a. M., einst hervortragendes Mitglied jener alten Senatschen Burschenschaft Germania von 1831, aus der trotz ihres kurzen Bestehens so viele ausgezeichnete Männer hervorgingen. Körner war in das bekannte Frankfurter Attentat verflochten, bei welchem Rübner seinen Tod fand. Es gelang ihm nach Amerika zu entkommen, wo er sich zu Belleville im Staate Illinois, fast gegenüber St. Louis, niederließ. Er ist einer der Patriarchen jener Stadt, die jetzt unter 12,000 Einwohnern mehr als 8000 Deutsche zählt. Körner that sich bald als gewandter und, was in Nordamerika viel sagen will, als rechtschaffener Advokat hervor, wurde in die Staatslegislatur gewählt und bekleidete eine Zeit lang die Rolle eines Bizegouverneurs von Illinois. Lange blieb er eifriger Demokrat, ging aber, als die republikanische Partei gebildet wurde, zu dieser über und steht mit Lincoln in freundschaftlicher Beziehung. Dieser verdankt in den fünf Staaten Illinois, Indiana, Ohio, Iowa und Wisconsin seine Wahl den Deutschen, welche den Ausschlag gaben. Körner hatte dieselben als Redner vor den Wahlen bearbeitet und erhält nun als Lohn die Gesandtschaftsstelle in Berlin.

— [Volksabstimmungen über den Anschluß an Preußen.] Die „Volkschrift des Nationalvereins“ enthält folgenden Artikel: „Die jetzt öfter so geschmähten Volksabstimmungen, sowie der Wunsch sich an Preußen anzuschließen, sind nicht so neu, als viele glauben, wie man aus nachfolgender Darstellung entnehmen möge. Als die Franzosen, die unsen Tod- und Erbfeinde, die wir noch jetzt und bis nach wohlgepflegener Abrechnung mit ihnen so nennen müssen, 1796 unser armes und zerstücktes Vaterland ohne sonderliche Mühe bis an die Donau erobert hatten, besetzten sie auch die Stadt Nürnberg und legten ihr unerschwingliche Beiträge an Geld und allen möglichen Bedürfnissen auf (sogenannte Requisitionen). Da diesen Anforderungen nicht schnell und nicht vollständig genug entsprochen werden konnte, hoben die Franzosen Geißeln aus und schleppten sie nach Frankreich. In dieser Bedrängniß wendete sich Nürnberg an den König von Preußen, erklärte sich seinem Scepter unterwerfen zu wollen, und bat um seine Hilfe, erhielt jedoch von dem Minister v. Hardenberg zur Antwort, daß es unter der Würde seines Souveräns sei, die Verlegenheit, worin sich die Stadt befinde, zu benutzen und daß der König seine Gefinnungen nicht eher zu erkennen geben werde, als bis die Stadt frei und ihrer demaligen Verfassung gemäß ihren Erbprinzen Karl zurückgedrängt, Nürnberg wieder frei geworden war, erneuerte der Antrag in Berlin und es wurden nun Unterhandlungen eröffnet. In Folge derselben wurde eine Abstimmung über die Frage, ob Nürnberg sich Preußen unterwerfen wolle, angeordnet und wirklich vorgenommen. Die Zahl der stimmfähigen Bürger in Nürnberg belief sich auf 3654, wovon 3281 für den Anschluß an Preußen sich erklärten. In Folge dieser Abstimmung wurde am 2. September 1796 zwischen dem preussischen Minister v. Hardenberg und Bevollmächtigten des Magistrats und Bürgerschaft, unter Vorbehalt königlicher Genehmigung, wie auch der Rechte des Kaisers und Reichs, ein Staatsvertrags- und Grenzvertragsvertrag abgeschlossen. Hiernach übernahm Preußen die Nürnberger Staats- und Reichsschulden, sowie die noch rückständigen französischen Kontributionen und verpflichtete sich, keinen Mann in der Stadt einzuquartieren, keinen Bürger zum Soldaten auszuheben

und (auf Nürnberg's ausdrückliches Verlangen) keine Fabriken weiter anzulegen. Der König ließ aber schon am 29. September 1796 der Stadt Nürnberg eröffnen, daß er „bei der Lage der Umstände sich gegenwärtig noch nicht entschließen könne, die freiwillige Unterwerfung Nürnberg's anzunehmen“, worauf die preussischen Truppen die Stadt verließen. Grund dieser Ablehnung war offenbar die Wuth des Kaisers und der Miffstände. Ersterer hatte sich schon vom Reichshofrath ein Gutachten anstellen lassen, daß dieser Vertrag unstatthaft sei und wollte die Sache dem Reichstag vorlegen. Dies wird wohl nicht geschehen sein, da Preußen sich so äußerst nachgiebig zeigte. Zu derselben Zeit, als Nürnberg mit Preußen den erwähnten Unterwerfungsvertrag unterhandelte, schloß sich auch die Reichsstädte Weissenburg und Windsheim an Preußen an. Diese Vorfälle, die für die jetzige Zeit gewiß von Interesse sind und die man selbst in größeren deutschen Geschichtswerken nicht findet, verdienen wohl der Vergessenheit entrissen zu werden. Jedenfalls dürften sie Stoff zum Nachdenken darbieten.

Stettin, 29. Januar. [Nationalverein.] In einer zahlreichen Versammlung von hiesigen Mitgliedern des „Nationalvereins“, welche gestern Abend stattfand, wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) In Anbetracht der heutigen Lage Europa's ist es die erste Pflicht Preußens gegen sich selbst und gegen Deutschland, die sofortige einheitliche Organisation des deutschen Bundesheeres unter Preußens Führung, sowie die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlamentes durchzuführen. 2) Erst wenn dies erreicht ist, wird der Zeitpunkt gekommen sein, nicht nur die Rechte Holsteins zu wahren, sondern auch die Verbindung Schleswigs mit Holstein sicher zu stellen. 3) Preußen und Deutschland haben keinen Verurs, für das Verbleiben Venetiens unter der Herrschaft des Hauses Habsburg einzustehen. (Vst. 3.)

Oesterreich. Wien, 29. Januar. [Tagesnotizen.] Eine Deputation, welche dem Staatsminister v. Schmerling eine Petition bezüglich der Wahlberechtigung politisch Kompromittirter zu überreichen hatte, wurde von diesem, der „Ndt. Post“ zufolge, dahin beschieden, daß die in Rede stehende Angelegenheit der Kompetenz des künftigen Reichsrathes anheimgestellt werden müsse. — In Ungarn sollen, nach der „Trierer Ztg.“, die Steuerrückstände, welche sich im verflossenen Quartale und in diesem Monate häuften und das neue Anlehen nothwendig machten, die Höhe von 15 Millionen Gulden bereits erreicht haben. — Seit dem 23. d. befindet sich ein österreichisches Geschwader, bestehend aus den Schraubenfregatten „Donau“ und „Adria“, ferner aus der Schraubenkorvette „Friedrich“ und dem Dampfer „Greif“, auf welchem der Kontradmiral Baron Bourguignon seine Flagge aufgezogen hat, in der Bucht von Muggia, und soll längere Zeit daselbst verweilen. — Wie die „Autogr. Korr.“ meldet, werden in dem neu errichteten Rudolphshospital nicht die Klosterfrauen, sondern Wärterinnen aus dem Zivilstande die Krankenpflege übernehmen und wurde deshalb der ursprüngliche Bauplan auch insoweit abgeändert, als es sich um Beseitigung der für die Klosterfrauen bestimmten Räume handelte.

— [Kundgebungen ungarischer Komitate.] Die Komitatskommission von Stuhlweissenburg hat auch eine Resolution in Betreff des verstorbenen Grafen Kaffir Batthyany beschlossen, in welcher diesem eine Ovation dargebracht und, die über seinem Grabe auf dem Boden der Verbannung wandelnden Brüder im Geiste umarmt werden. — In der Generalversammlung der Biharer Komitatskommission stellte Koloman Tisha den Antrag, daß die jetzigen Regierungsmänner durch eine Repräsentation darauf aufmerksam gemacht werden sollen, daß sie für jeden Tropfen Blut verantwortlich seien, welches zufolge konstitutionswidriger Verwendung des Militärs bis jetzt geflossen sei oder in Zukunft fließen könnte. Ferner beklagte sich der Obergespan, daß nicht nur den neuen Behörden, sondern auch den Resten der alten Bürokratie die allenthalben nothwendige Beistellung militärischer Unterstützung zugesichert worden sei, und daß die Verwaltung dadurch äußerst erschwert werde. Ein Vorschlag des Vizegespans ging dahin, daß die Rekrutierung bis zum nächsten Landtag eingestellt werde. Es wurde daher die Abfindung einer Repräsentation beschlossen, in welcher die Aufhebung der Gendarmerie, dann die Suspension der Rekrutierung und die Einstellung jedes, ein Graubam bildenden militärischen Einschreitens beantragt werden soll. — Das Befehl Komitat hat nach Verlesung des kaiserlichen Dekretes vom 16. d. Folgendes zu Protokoll gegeben: „Die Gesamtheit dieses Komitates kann ihren Schmerz darüber, daß statt des friedlichen Tones der allein zum Ziele führenden gegenseitigen Versöhnlichkeit allerhöchsten Orts ernste und strenge Drohungen ausgesprochen werden, nicht verbergen, doch kann der Inhalt dieses Erlasses das Selbstbewußtsein dieses Komitates nicht auf einen Augenblick beirren. Denn so wie es seiner Ueberzeugung nach seit dem Beginn seiner Reorganisation nicht eine Linie breit vom Pfade der Gerechtigkeit abwich, so kann es im Gefühl der Gerechtigkeit seines Vorgehens nicht anstehen, auch bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß es von seiner angenommenen Richtung, welche immer das strenge Festhalten an den Gesetzen war und sein wird, nie abweichen wird. Und diese Erklärung wiederholt die Gesamtheit des Befehl Komitates mit dem ruhigen Bewußtsein, daß dieses Komitat, indem es diese Gesetze in Ehren hält, sich und seine Verfügungen ihnen und nur ihnen streng anpaßt: nicht nur kein Verbrechen begeht, sondern die edelste bürgerliche Pflicht ausübt. Demgemäß nimmt das Komitat den verlesenen allerhöchsten Erlass mit gebührender Ehrerbietung zur Kenntniß.“

Pesth, 26. Jan. [Deutsche und ungarische Gerichtsbarkeit.] Der „Ndt. Post“ wird von hier geschrieben: „Wie wenig sich das Pesther Komitat in seinem Vorgehen auf der eingeschlagenen Bahn beirren läßt, zeigt das im Staatsleben der Völker gewiß seltene Faktum, daß in einem Orte, in einem Hause zwei Gerichtshöfe mit gleicher Machtvollkommenheit Recht sprechen. Im Pesther Komitatshause ist vorgefunden dieser merkwürdige Fall vorgekommen. Das noch bestehende k. l. Landesgericht hielt in eben der Stunde eine Schlußverhandlung nach der österreichischen Gerichtsordnung, während der in Aktivität getretene autonome Gerichtshof des Pesther Komitates über einen Betrugsfall nach ungarischem Rechte zu Gericht saß. Sie wissen, daß dem k. l. Gerichtshof vom Komitate bedeutet wurde, bis zu einem bestimmten Tage die inebenenben Lokaltäten des Komitatesraumes zu räumen, wobei bemerkt wurde, daß für den Fall, als die k. l. Gerichtsbehörde diesem Ansuchen nicht Folge leistet, zwar keine gewaltsamen Mittel zu deren Oelagerung angewendet, jedoch deren Akten und Archive auf kurzem Wege aus dem Bureau entfernt werden sollten. Diese Androhung ist zwar an und für sich eine ganz respectable Kraftäußerung und es ist einleuchtend, daß mit den Projektanten zugleich auch die Richter an die Lust gesetzt werden. Nun ist der k. l. Gerichtshof bis zur Stunde keineswegs entschlossen, das Feld oder die Kathedrale zu räumen, und findet sonderbar genug sich auch Niemand, der in dieser kritischen Angelegenheit Rath zu schaffen wüßte. Der hier weilende Juxes Curiae soll dem Vernehmen nach den geschäftsführenden Senatspräsidenten des k. l. Landesgerichtes zu sich beschieden und ihm die Frage gestellt haben, ob er mit seinem Amte die Lokaltäten im Komitatesraume verlagern lassen würde. Der Senatspräsident erwiderte, dies nur in Folge eines höhern Auftrages thun zu können, doch sei ihm ein solcher trotz der Dringlichkeit der Zeit bis zum Augenblicke nicht gegeben. Darauf hin erklärte Graf Apponyi, daß auch er in dieser Sache nichts thun könne und keine Weisung habe.“

Pesth, 27. Jan. [Die Vorgänge in Neutra; Antworthadressen auf das kaiserliche Manifest.] Das Manifest führt eine drohende Sprache, und die Regierung hat heute bereits mehr als genug Truppen in Ungarn, um ihren ersten Mahnungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen. Welches ist eine ganz unzweifelhafte Wahrheit. Ob aber Baron Bay unbehindert über die Repräsentanten verfügt, oder ob die Disposition darüber nicht vielmehr einer Kamarilla vorbehalten ist, die sich den wichtigen Augenblick, offen hervorzutreten, erst in der Zukunft erleben wird, vorderhand indeß ihre Macht durch das Verbleiben Reichsbergs im Amte, sowie durch die Verzögerung der Landesstatute, offenkundig genug darthut, das ist mehr als ich zu sagen vermag. Der offizielle Bericht, welchen der Notar des Neutraer Komitates, Szulypovsky, heute über die dortigen Vorgänge bei Gelegenheit der Amtseinführung und Reinstallierung des Landesgerichtes mittheilt, deutet wenigstens durchaus nicht darauf hin, daß die Hofkanzlei freie Hand hat, mittels der in Ungarn angekauften Militärmassen die Drohungen des Manifestes in entscheidender Weise zu unterstützen. Als die Komitatskommission sich zu dem k. l. Landesgerichtsdirektor in

Neutra begab und ihm den Komitatsbeschluss notifizirte, wonach jenes Tribunal seine Funktionen sofort an das Komitat abzutreten habe, erwiderte jener Beamte, er werde nur der Gewalt weichen. Da man ihn nun bekannter Weise aus den Amtsfunktionen hinausführte, erstattete er dem Präsidenten des Pesther Oberlandesgerichtes, Galz, Bericht, und empfing von diesem im Auftrage des Hofkanzlers die Anweisung: er möge von dem Neutraer Vizegespan die Zurückgabe der gewaltsam entzogenen Sätze verlangen; widrigenfalls ein militärisches Einschreiten erfolgen werde. Beides geschah, natürlich ohne alles Resultat. Auf abermaligen Bericht des Direktors langten nunmehr tausend Mann des Regiments Deutschmeister unter einem Oberlieutenant und in Begleitung Galz auf dem Tormoczer Bahnhofe an, von wo sie um 8 Uhr Abends in voller Schlachtordnung, mit geladenen Gewehren und aufgestellten Bayonetten in Neutra einrückten, während die Tambours den Sturmmarfch schlugen, denn in Wien hatte es schon geheißt, daß 30.000 Senfemänner in dem Orte ständen und dessen kleine Garnison massacrirt hätten. Die Truppen umstellten das Komitatshaus und sperrten die Straßen von einander ab. Dann begab sich Galz zum ersten Vizegespan, erhielt aber von ihm abermals eine ablehnende Antwort, „da er der Diener des Komitates und dessen Befehl für ihn unter allen Umständen verbindend sei“. Ebenso fruchtlos war ein Gang zum zweiten Vizegespan, der auf Galz's Verlangen, er möge die Hand zur Wiedereinführung der kaiserlichen Behörde bieten, lächelnd erwiderte: „Die Macht existirt nicht, die mich dazu bewegen kann!“. Nun mußte also Gewalt angewendet werden. Die Soldaten erbrachen die verschlossenen Zimmer und Herr Galz führte den vertriebenen Gerichtsdirektor wieder in sein Bureau ein. Was aber soll man dazu sagen, daß unmittelbar darauf der Oberlieutenant mit seinem Bataillon abberufen ward, und daß demzufolge Hr. Szulypovsky heute seinen Bericht mit der höflichen Herausforderung schließen kann: „Nebrigens benutzen die reinstallirten Herren Beamten die Lokaltäten des Landesgerichtes nur als Rauch- und Speisezimmer, zu amtiren wagen sie nicht! Und da jene Räumlichkeiten im Komitatshaufe liegen, also dem Komitate angehören, hat letzteres jetzt, um zu seinem Ziele zu gelangen, den einfachen Ausweg ergriffen, das Landesgericht das Quartier aufzulindigen!“. — In ihren Absichten auf das Manifest fahren die Komitate inzwischen ungebrochenen Muths fort. Heute ist die Antwort des Gümör Komitates hier angekommen, aus der sich nur den Schlag hervorhebe, weil er einen, von der gesamten Nation getheilten Gedanken in der pikantesten Fassung zur Geltung bringt: „Drohungen gehören nicht in einen Kampf, der mit geistigen Waffen geführt werden soll, wir beansworten sie daher nicht; der Grund aber, daß die in den Komitates herrschende Aufregung die Regierung bewegen könnte, die Einberufung des Landtages zu verzögern, macht auf uns denselben Eindruck, als wollte ein Arzt die Anwendung des alleinigen Heilmittels um deswillen verschieben, weil der Kranke sich schlimmer befindet!“ (Br. 3.)

Verona, 18. Jan. [Vorbereitungen zum Kriege; die österreichische Artillerie.] Wer hier dem Getriebe der Regierungssitten nur theilweise zusehen kann, ist berechtigt, auf einen neuen Krieg zu schließen. Telegramme und Verordnungen von dem Finanzministerium zu Wien, der Statthalterei zu Venedig und dem Landes-Generalkommando zu Udine, wo sich jetzt auch kurze Zeit Feldzeugmeister Benedek befindet, kreuzen sich; ganz wie es im Mai und Juni 1859 in den militärischen Departements herging zwischen Wien, Verona und dem Hauptquartier. Die mit Anfang dieses Jahres in Wirklichkeit getretenen Hauptregeln der Wiener Finanzverwaltung haben dem Staate nur einen erheblichen Schaden, der revolutionär gestimmten Bevölkerung aber desto vergrößerte Mittel an die Hand gegeben. Die Banknoten wandern aus den Händen der Beamten und des Militärs in die Taschen der Steuergeldenden, welche diese noch um 5 Proz. über dem Kurse annehmen, um in deren Besitz zu gelangen: immerhin mit einem Gewinne von 45 Proz. Das Militär dagegen empfängt nur 40 Proz. Anzahlung, so daß der Soldat bei seiner einzigen Wahlzeit noch eine Einbuße von 5—10 Proz. erleiden muß. Die Läden der arabischen Salz- und Tabakverfäufser sind außer den Steuerämtern die anderen Orte, wo sich die Banknoten sammeln, und zwar in solchem Maße, daß in kleineren Orten überall die Zigarren, die um die Spottpreise der Banknoten nach Piemont und ins Königreich wandern, ausgehen und die Nachschendungen von Venedig massenhaft sind. Auch alle anderen Verhältnisse deuten auf einen neuen Ausbruch des Krieges. Alle Truppen sind bereit zum Ausmarsch. In Verona, Vicenza und Padua sind die Feldpistolen schon aufgestellt, in 20 Orien Feldbatterien errichtet und Vorräthe aufgeschichtet und die Batterien zu ihren betreffenden Brigaden abgetheilt. In allen Regimenten werden die Vorräthe zur Auffüllung der vierten Bataillone getroffen, und man spricht davon, daß die ganze österreichische Armee mit Anfang Februar auf den Kriegsfuß gesetzt werde. Alle Truppen wurden von den Chef-Ärzten visitirt und sämmtliche mindertaugliche, schwächliche und defekte Individuen ausgeschieden, um beim Eintreffen der schon in Märfch geleiteten Erlangmannschaften gleich in die Werbezüge der Regimenter zurückzugehen. Die Bagagen der Truppen werden auf die Hälfte reduziert, so daß statt einer Kompanie im nächsten Feldzuge immer nur zwei Kompanien zusammen einen Bagagelasten mitführen werden. Auch für die Erleichterung des Infanterie ist durch die vom früheren Armeekommandanten, gegenwärtigen Kriegsminister, eingeführte Vorforderung Wesentliches geleistet. — Die österreichische Feldartillerie besteht gegenwärtig hier in Venetien aus sehr verschiedenartigen Geschützen. Es befinden sich darunter Feldmörser-Batterien, lange Haubitzenbatterien, 12pfd. und 6pfd. Fuß- und Kavalleriebatterien, Projektorbatterien, Raketenbatterien und gegogene Gpfd. fahrende Batterien. Diese letzteren sind erst in der neuesten Zeit in größerer Anzahl aufgestellt worden. Ende Oktober waren fünf Batterien à 8 Geschütze vorhanden; gegenwärtig befinden sich schon über 70 Stüd derlei Kanonen hier zur Verwendung. Die Einrichtung derselben ist ganz nach dem 1859 ererbtenen französischen Muster. Es wurden sämmtliche Geschützteile der alten Gpfündigen Fußbatterien benutzt, und es fehlt nur das Eine, daß die Leute damit umgehen verstanden und daß die Offiziere, die seit an dem alten Systeme hängen, ihre Vorurtheile aufgeben; freilich haben die geringen Erfolge der französischen Geschütze im letzten Feldzuge nur dazu beigetragen, diese zu befestigen. Die französischen gegogene Kanone hat das Kaliber eines Vierfünders nach österreichischem System, so daß das gegenwärtige österreichische gegogene Rohr als Sechsfünder dem französischen Kaliber um ein Bedeutendes überlegen ist und theilweise auch in der Verteidigung der festen Plätze, welche bisher noch gar keine gegogenen Geschütze besaßen, benutzt werden wird. Das Rohr hat 6 flache Züge mit 1/2 Drallwindung und wird von vorn mit Leichtigkeit geladen. Die Geschosse sind zylindrisch eiförmige Hohlkörper mit je 6 am oberen und unteren Ende derselben angebrachten, genau in die Züge passenden, aus gewaltem Zink gefertigten Warzen. Die Entfernung, auf welche diese Hohlgeschosse getrieben werden, beträgt bis 5000 Schritt, und war die Treffsicherheit bei dem im Spätherbst in Verona vorgenommenen Probechießen zwischen 2000 und 5000 Schritt eine wirklich überraschende und vorzügliche. Im hohen Bogen wurden Hohl- und Brandgeschosse zwischen 600 und 2000 Schritt geworfen; das Schießen von Kartätschen erstreckt sich auf 4—600 Schritt, das der Schrapnelle auf 600—2000 Schritt. Die Elevation der Geschütze beträgt bei 2000 Schritt 4 1/2°, bei 5000 23 Grad. Das Holzmateriel ist ganz vom alten Sechsfünder verwandt, nur wurden die Achsen von der allgemeinen (42") österreichischen Spurweite auf das Weggeleise von 55 Zoll (franz.) verlängert, wodurch das Geschütz größere Stabilität und Lenkbarkeit erhielt. Die Bedienungsmannschaft kann fahrend auf dem Geschütz untergebracht werden. Die Ausrüstung besteht beim Geschütz aus 4 Kartätschen, 4 Hohlgeschossen, 4 Schrapnelle, 20 12lbigen Patronen; beim dazu gehörigen Karren aus 12 Kartätschen, 50 Hohlgeschossen, 36 Schrapnelle und 4 Brandgeschossen; zusammen 114 Schuß, welche geringe Zahl daher eine sehr große Sparsamkeit insbesondere auf die wirklichen Distanzen innerhalb 2000 Schritt fordert. (R. 3.)

Samobor, 28. Jan. [Audienz.] Die „N. Hann. Ztg.“ meldet amtlich: Se. Majestät der König geruhte, am gestrigen Tage Se. Durchlaucht den königlich preussischen Oberlieutenant Prinzen von Hohenberg und Büdingen in einer besonderen Audienz zu empfangen, um aus seinen Händen ein Schreiben Sr. Maj. des Königs von Preußen entgegenzunehmen, durch welches derselbe von Neuem als außerordentlicher Abgesandter und bevollmächtigter Minister am königlichen Hofe beglaubigt wird.

Frankfurt a. M., 29. Jan. [Anerkennung.] Dem preussischen Soldaten vom 4. Rheinischen Inf. Regiment (Nr. 30), welcher vor einiger Zeit auf dem Posten vor dem Bankgebäude einem Haufen, der die Freigebung eines Arrestanten zu erzwingen Meute machte, energisch entgegentrat, ist die Auszeichnung zu Theil geworden, daß ihm in einer k. Kabinettsordre wegen der von ihm bewiesenen festen und zugleich umsichtigen und besonnenen Haltung eine Belobung und Anerkennung ausgesprochen ist. (R. P. 3.)

Solstein. Kiel, 28. Januar. [Preßzustände.] Im Herzogthum Schleswig giebt es bekanntlich außer einigen dänischen Schmutzblättern gar keine Tagespresse. In Solstein wird die Presse mit einer brutalen Willkür behandelt, von welcher der nachstehende Vorgang eine Vorstellung zu geben geeignet ist. Ein mit der Stimmung und mit den Interessen unseres Landes in offenem Widerspruch stehender Artikel wurde dem Redakteur des hiesigen „Korrespondenzblattes“ von der Polizeibehörde mit der Weisung zugestellt, denselben in die nächste Nummer seines Blattes aufzunehmen, und zwar auf Grund eines ministeriellen Schreibens, welches der Polizeimeister dem Redakteur vorlegte. Der Redakteur erbot sich, den Artikel mit der Bemerkung „auf höheren Befehl“ aufzunehmen, und als ihm hierzu die Erlaubnis verweigert wurde, nahm er seine Entlassung. Sie sehen aus diesem Vorgang, wie es mit unsern Preßzuständen beschaffen; nicht allein, daß man die Presse zum Schweigen zwingt, nöthigt man dieselbe gegen die Stimmung des Landes vorzugehen. Nach dem Rücktritt des bisherigen Redakteurs wird nun der Artikel ohne weitere Bemerkung abgedruckt werden, da der Kurator der Wittve, welche Eigenthümerin des „Korrespondenzblattes“ ist, der als politischer Renegat bekannte Advokat Vargum (suspendirt wegen einer gegen ihn anhängig gemachten Kriminaluntersuchung wegen Unterschleifs) keinen Widerstand leistet. (Pr. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 28. Januar. [Das Budget und die bevorstehende Parlamentssession.] Wie der „Observer“ hört, wird sich trotz der in der vorigen Session bewilligten bedeutenden Subsidien in dem Budget ein Defizit von 2—3 Millionen Pfd. St. herausstellen. „Das Haus der Gemeinen“, bemerkt hierauf das genannte ministerielle Wochenblatt, „bewilligte große Summen für Heer, Flotte und Befestigungen. Es sind jetzt ganz dieselben Ursachen für derartige Ausgaben vorhanden, wie damals. Zwar leben wir augenblicklich in Frieden mit der ganzen Welt; aber kühn fürwahr müßte der sein, welcher es wagte, aus den Frieden bis über 6 Monate zu verbürgen. Bei der gegenwärtigen Lage Europa's kann man unmöglich ohne Besorgniß in die Zukunft blicken. Frankreich ist bis an die Zähne bewaffnet und rüftet mit jeder Stunde stärker trotz der friedlichen Versicherungen des Kaisers. Oesterreich, obgleich bankrott, verstärkt gleichfalls seine Rüstungen. Garibaldi hat offen erklärt, daß er im Frühling losziehen will. Ungarn ist zum Aufstand reif, und sollte Garibaldi in jenem Lande seine Fahne aufpflanzen, so würde es jedenfalls zu einem blutigen Kampfe kommen. Victor Emanuel hat mit seinem neu erworbenen Gebiete schon voll auf zu thun, und trotzdem kann er sich nicht eher sicher fühlen, als bis der Kirchenstaat und Venetien frei sind, und wo Garibaldi vorgeht, wird er sich genöthigt sehen, zu folgen. Der Geist der Freiheit, welchen der König von Italien und sein Minister Cavour mit so großem Eifer gehegt haben, läßt sich nicht mehr bändigen.“ Auch die Haltung Preußens erregt dem „Observer“ Besorgnisse, und das Blatt schließt aus alledem: „Unter so bewandten Umständen würde es ein eitles Beginnen sein, wenn wir uns der Hoffnung hingäben, daß die Vorschläge des Kanzlers der Schatzkammer in diesem Jahre niedriger ausfallen könnten, als im vorigen. Die von gewissen liberalen Parlamentärsmitgliedern ausgegangene Bewegung, welche die Regierung Lord Palmerstons zu erhöhter Sparsamkeit nöthigen will, mag in abstracto recht schön und gut sein, kommt aber gerade jetzt zur allerverkehrtesten Zeit. Wollte die Regierung die Maßregeln zur Landesvertheidigung einstellen oder beschränken, so würde sich von allen Seiten aller Parteien in beiden Häusern des Parlaments ein lautes Geschrei gegen sie erheben. Unter diesen Umständen wird das Budget einer der Gegenstände sein, welche das Interesse während der Session in besonders hohem Grade in Anspruch nehmen werden.“

Frankreich.

Paris, 28. Jan. [Der Prozeß Patterson.] Weiland König Jerome würde auch ohne den Familienprozeß, der über seinem Sarge verhandelt wird, nicht den glänzendsten Nachruhm haben; dieser Prozeß trägt vollends dazu bei, den Erlöng in den Augen aller anständigen Leute bloßzustellen. Der Vertreter seiner Erben, Maître Allou, hielt es für angemessen, offenbar nicht ohne Zustimmung seiner Nachgelassenen, ein Schreiben des alten Jerome an seinen kaiserlichen Neffen zu veröffentlichen. Der Prinz beklagt sich, daß der Kaiser durch ein von Troplong, Baroche und anderen Rechtsfreunden des kaiserlichen Hauses verfaßtes Dekret dem jungen Patterson das Recht zur Führung des Namens Bonaparte zugeprochen habe. Der junge Mann, Jeromes Enkel, hatte mit Auszeichnung als Lieutenant in der Kavallerie gedient und erhielt bei der Rückkehr vom Feldzuge eine Dekoration. In dem begleitenden Patent wurde ihm der Name Patterson-Bonaparte beigelegt. Lieutenant Bonaparte verweigerte die Annahme, er bestand auf einer Ausfertigung, die seine Familienrechte ungekränkt ließ, und der Kaiser willfahrte auf das Wortum seiner Juristen dieser gerechten Forderung. Jeromes Brief sagt nun, man dränge ihm Leute auf, die zu seiner Familie nicht gehören. Nun muß man die Briefe gelesen haben, die der Verrers Memoire über diesen Skandalprozeß veröffentlicht hat. Jerome, der jetzt Galtin, Sohn und Enkel verlegt, schrieb noch im Jahre 1805, also etwa drei Jahre nach der vom ersten Konful ausgeprochenen Trennung der Ehe, an seine Gemahlin, die sich inzwischen in Amsterdam aufgehalten hatte, im Tone des zärtlichsten Gatten. Wiederholt bittet er sie, an seine guten und aufrichtigen Absichten zu glauben, die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung nicht aufzugeben, und selbst arkadische Wünsche nach einem Stillleben in einer einsamen Hütte verschmähend der Bruder des mächtigen Kaisers nicht, um sich das Vertrauen und die Liebe der Galtin zu sichern. Schon mit der Prinzessin von Württemberg vermählt, noch auf dem gebrechlichen Thron von Westfalen wünscht er, daß ihm sein Sohn zugeführt werde, damit er für seine Zukunft sorgen könne. Nach dem Tode der Bonapartes sind alle Glieder der verbannten Familie eifrig bemüht, dem Sohne Jeromes, der eine Besuchstour durch Italien macht, Beweise der Zärtlichkeit und der Verwandtenliebe zu geben. Die Gräfin von Montfort, Jeromes zweite Gemahlin, und ihre Kinder, der jetzige Prinz Napoleon und die Prinzessin Mathilde, der Erlkönig Joseph, genannt Graf von Surville, auch Prinz Louis, der jetzige Kaiser der Franzosen, und selbst „Madame Mere“, Latitia, überhäufen den republikanischen Anverwandten mit Liebe und Güte. Prinz Louis nimmt, auf einer Reise durch Amerika begriffen, eine Einladung seines Vaters (er giebt ihm in zahlreichen Briefen keinen anderen Namen) nach Baltimore mit dankbarer Innigkeit an. Und nun dieser Prozeß, und was noch schlimmer und kompromittirender ist, die Publikation dieses Briefes. Wären es nicht amtliche, unter Autorität des Gerichtshofes bewirkte Publikationen, man müßte die Briefschaften, um die es sich handelt, für gefälschte Dokumente halten. Niemand würde sich entschließen können zu glauben, daß Personen, durch einen wunderbaren Umschwung der Dinge auf die Höhe der Verhältnisse gehoben, auf der die Napoleonen stehen, vor ganz Europa sich freiwillig so beschimpfen können, wie es dem hochgeachteten Erstgeburtstochter eines rachsüchtigen Vampylentums nicht gelingen würde. Der Prinz, der die Leiche seines Vaters einem so traurigen Skandal preisgiebt, befindet sich, während dieses widerwärtigen Drama unter dem Applaus aller dem zeitigen Gewalthaber von Frankreich feindlichen Elemente abgepielt wird, auf einer Mission in Turin. Zu welchem Zwecke? Die Einen jagen, um Victor Emanuel zu einem Schritte zu bestimmen, der den Papst verjöhnen könnte. Andere lassen ihn über eine neue Abtretung an Frankreich verhandeln, in der Vorausicht, daß die Stunden von Gascia gezählt sind. (Bö. 3.)

— [Tagesbericht.] Vize-Admiral Le Barbier de Tinan ist seit gestern in Paris und wurde bereits von dem Kaiser empfangen. — Man spricht viel

Schweiz.

von dem Berichte des Herrn Droplong, der den Senatus-Konsult in liberaler Weise befürworten soll. Er beantragt unter Anderem, daß der Moniteurbe-
richt allen Journalen frei von Post- und Stempelfkosten ausgedruckt werden solle.
— Die Zahl der Buchdrucker, die nicht mehr im Verhältniß zu der wachsenden
Bevölkerung steht, soll vermehrt werden. Es ist ein besonderes Dekret nöthig,
um in Frankreich eine Druckerei eröffnen zu können. — In Vincennes ist ein
Laboratorium für eine neu erfindene brennbare Masse eingerichtet worden, mi-
der man künftig die Hohlkugeln füllen wird. — Ledru Rollin will jetzt von der
Amnestie Gebrauch machen und nach Frankreich zurückkehren. Doch wird, wie
man vernimmt, von Seiten der Regierung geltend gemacht, die Amnestie
könne auf sich keine Anwendung finden, da er wegen Mitschuld an einem gegen
das Leben des Kaisers unternommenen Mordat zum Tode verurtheilt sei. Gre-
mieux hat ein Memoire zu Gunsten seines früheren Regierungs-Kollegen einge-
reicht. — Gaussidire wurde diesen Nachmittag beerdigt. Eine große Menge
seiner politischen Freunde gab ihm das letzte Geleit. Ein besonderer Vorfall
trug sich dabei nicht zu. — Pest Pajcha ist auf Ansuchen der hiesigen Regie-
rung von der Pforte abberufen worden. Er war wegen seiner fortwährenden
Opposition gegen alles, was auf die syrische Expedition Bezug hat, sehr miß-
liebig geworden. — Der Minister des Innern hat Hrn. Vuillot die Grün-
dung eines neuen politischen Journals verweigert, dagegen Hrn. Prudhomme ge-
stattet, unter dem Titel: „La liberté de l'avenir“, eine politische Revue zu
gründen. — Man versichert, daß zwischen Frankreich und China via Egypten
ein regelmäßiger Dampfschiffabrieisdienst errichtet werden wird. Die Schiffe
gehen von Marseille, Suez, Schanghai ab und werden in Saigon, dem
Hauptorte der französischen Niederlassungen im Kaiserreiche Anam, anhal-
ten. — In der Spinnerei von Hausser de Simony in Gerard-Champs bei
Berniers brach am 26. Januar, Morgens 5 Uhr, Feuer aus, und nur den An-
strengungen der Weichmannschaft gelang es, das Feuer auf das Trockenhaus zu
beschränken, und dennoch beläuft sich der Verlust an Wolle, Baumwolle und
Gebäulichkeiten auf mehr als 100,000 Franken. Ein junger Mann wurde beim
Stößen lebensgefährlich verwundet. — Die Pariser Academie des inscriptions
et des belles lettres hatte drei auswärtige korrespondirende Mitglieder zu er-
kennen und die Wahl in ihrer Sitzung vom 25. Januar vorgenommen. Ge-
wählt wurden: Samuel Birch in London, Bensley in Göttingen und Prof.
Friedrich Diez in Bonn. — Trotz aller Bemühungen hat die französische Polizei
den des Wortes des Präsidenten Poinot verdächtigen Jud noch nicht fassen
können. Die bisher in Frankreich und selbst in Belgien verhafteten Personen
verdanken ihre Haft meist einer entfernten Aehnlichkeit mit dem veröffentlichten
Signalement. Roger de Beauvoir hat darüber eine Broschüre geschrieben:
Le Jud errant.

— Der polnische Schmerzensschrei und die französische Drohung gegen Preußen. Da hätten wir wieder einen „Schmerzensschrei“. Dies Mal ist er gegen die preussische Regierung gerichtet, welcher in der vorgestern erschienenen Broschüre „La Prusse et les traités de Vienne“ (vergl. unsere Pariser Korrespondenz in Nr. 23; d. Red.) zu bedanken gegeben wird, daß Frankreich mehr als jeder andere Mitunterzeichner des Wiener Vertrages berechtigt und verpflichtet sei, sie an ihre in demselben eingegangenen Verpflichtungen gegen die Polen im Großherzogthum Posen zu erinnern. Die Schrift ist ein die Thatagen entstellender, aber mit perfidem Geschick gruppirter Anflageakt gegen die preussische Verwaltung in Posen, und offenbar darauf berechnet, Preußen einzuschüchtern, von dem man weiß, daß es fest entschlossen ist, einer zweiten Intervention Frankreichs in Italien nicht müßig zuzusehen; dieser „Schmerzensschrei“ ist ein Keil, den man in das Einverständnis zwischen den deutschen Staaten einschlagen möchte, und wir können uns nicht enthalten, die Bemerkung zu machen, daß man hier die Ueberzeugung kundgibt, das preussische Gouvernement werde sich wirklich einschüchtern lassen, ganz so wie vor zwei Jahren. Der offiziöse „Constitutionnel“ bringt uns in der Form eines Briefes aus Berlin (sehr dünn ausgedacht) eine vollständige Analyse der Broschüre, einen „Brief“, der Ihnen die Mühe erspart, die Broschüre selber zu lesen, und durch dessen Veröffentlichung man dem Berliner Kabinet in einer indirekten, aber sehr deutlichen Weise zu verstehen geben will, daß das französische Gouvernement der Broschüre selber nicht fremd und vollkommen einverstanden mit dem anonymen Verfasser ist. Der „Brief“ schließt mit dieser frechen Drohung: „Das preussische Gouvernement möchte seine Prätionen vor den Bundestag bringen und sie dort durch ein Gesetz bekräftigen lassen; es vergift ohne Zweifel, daß ein Bundestag nicht befähigt ist, das zu verändern, was ein europäischer Kongreß festgelegt hat; der erste Artikel des Wiener Vertrages garantirt den Polen des Großherzogthums einen Bund und nationale Institutionen. Derselbe Vertrag verspricht noch an anderen Stellen Institutionen, welche den Polen die Erhaltung ihrer Nationalität verbürgen. Preußen, das so oft die Verträge anruft, kann sie nicht ignoriren, und es wird vorsichtig genug sein, um zu begreifen, daß es kein Interesse hat, sie zu verletzen. Bei der Okkupation von Krakau sagte Lord Palmerston zu Oestreich, daß wenn die Verträge an den Ufern der Weichsel nichts taugten, sie auch an den Ufern des Po nicht solider sein würden. Oestreich hat erfahren, daß Lord Palmerston Recht hatte.“ Uns überläßt der neue Schachzug des Kaisers nicht, aber es wäre das Unglück Preußens und Deutschlands, wenn man sich in Berlin durchaus zu irgend einem Rückzuge bestimmen ließe. (Nr. P. 3.)

— [Richard Wagner und die Pariser Clique.] Aus Paris schreibt man: Wagners „Tannhäuser“ wird wohl vor dem nächsten März nicht über die Bretter der großen Oper gehen, obgleich die Proben mit seltenem Eifer betrieben werden. Es finden deren Dienstags, Donnerstags und Sonnabends zwei statt, die eine des Morgens, die andere des Abends. An den anderen Tagen wird eine Probe Nachmittags abgehalten. (Das macht wöchentlich neun!) Inzwischen fahren ihm die hiesigen Wigblätter gewaltig ins Zeug. Es heißt, er dringe darauf, daß bei der Darstell. des „Tannhäuser“ die Clique nicht mitwirke und daß die Direction dieser Anforderung durchaus nicht genügen wolle. Was wäre auch die große Oper ohne Clique? Man hat einmal den Versuch gewagt, dieselbe abzuschaffen; aber der Versuch mißlang so sehr, daß man sich in Verzweiflung an den großen Chef de la Clique, an David, wandte und ihn bat, mit seiner applaudirenden Truppe, le bataillon sacré genannt, wieder den Platz unter dem großen Lustre einzunehmen. David ließ sich erweichen und übt seit jener Zeit ungestört seinen weithin wirkenden Einfluß aus. Richard Wagner mag ein musikalischer Goliath sein, aber im Kampf gegen diesen David wird er unterliegen müssen. — Warhner will seit einiger Zeit in Paris und beabsichtigt eine seiner Opern im Theater Lyrique zur Auf-führung zu bringen.

Paris, 29. Jan. [Teleg.] Der heutige „Moniteur“ meldet die Ernennung des Admirals Douchard zum Befehlshaber des levantinischen Geschwaders. — Außerdem veröffentlicht das amtliche Blatt einen Erlass, welcher eine allen denjenigen, die den chineſiſchen Feldzug mitgemacht haben, zu verleihende Denkmünze betrifft.

Paris, 30. Jan. [Teleg.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der „Courrier du dimanche“ wegen Angriffes und Beſchimpfung des Regierungsprinzips die erste Verwarnung erhalten habe. Der Verfasser des Artikels, Ganesco, ist, da er Ausländer, aus Frankreich ausgewiesen worden. — Die Senatskommission für die Veröffentlichung der Sitzungen hat bestimmt: daß die Veröffentlichung entweder durch Wiedergabe der Debatte in extenso, oder durch Redaction unter Autorisation des Präsidenten geschehen soll.

N i e d e r l a n d e.

Amsterdam, 27. Jan. [Die Ueberschwemmungen.] Nach einem Berichte der Kommission für die Nothleidenden zu Herzogenbusch zählt der durch einen Deichbruch überströmte Bommelerwaard, ein von der Waal und Maas eingeschlossener Landstrich, 18,919 Seelen, die Stadt Zalt-Bommel selbst aber 3702 Einwohner. Außerdem ist an den Ufern der Maas noch eine bedeutende Anzahl von Orten durch Deichbrüche überschwemmt, deren Bewohner in der größten Noth verkehren. Die mitthen Beiträge, deren Ankündigung viele Spalten des hier erscheinenden „Handelsblattes“ füllen, fließen ungemein reichlich. Der König hat die ansehnliche Gabe von 45,000 Gulden aus seinen eigenen Mitteln gespendet. Der Zustand der Flüsse hat sich bis zum 24. d. M. nach offiziellen Berichten der „Staatscourant“ wenig geändert; meistentheils war das Wasser um ein geringes gefallen, das Eis stand aber noch überall fest. Zu Arnhem war am 24. d. M. Vormittags +1 Grad R. des Nachts zuvor hatte es jedoch wieder gefroren.

Bern, 26. Januar. [Diplomatisches; militärisches Sendungen.] Se. Maj. der König von Preußen hat, wie der „Bund“ meldet, dem Bundesrath seine Thronbesteigung in sehr freundlicher Form angezeigt und den Wunsch ausgesprochen, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Staaten ausdrehen erhalten und bestärkt zu sehen. Zugleich ist Herr v. Kamph auf Neu als preussischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft beglaubigt. — Die preussische Regierung hat, demselben Blatt zufolge, dem Bundesrath vorgeschlagen, die auf preussischem Gebiet erkrankten Schweizer und vice versa gratis zu versorgen. — Aus Auftrag des Bundesrathes und Militärdepartementes werden die Obersten Ott und Kellert nach Preußen und Holstein geschickt, um über die neue Besatzung der Schweizer Reiterei noch weitere Studien zu machen. — Der Bundesrath hat nach dem „Confédéré“ bei der belgischen Regierung darum nachgesucht, einige Genieoffiziere nach Antwerpen schicken zu dürfen, um die dort in Angriff genommenen Befestigungsarbeiten verfolgen zu können.

Italien.

Turin, 22. Januar. [Häß gegen Deutschland.] War man bisher gewohnt, die ganze Fülle italienischen Hasses sich über Oestreich ausgießen zu sehen, so sehen wir ihn nun gleichzeitig auch andere Kanäle einschlagen. Die Fluthen desselben wälzen sich auf Alles, was deutsch ist; auf Preußen, auf seinen König, auf den deutschen Bund, auf das deutsche Volk. Die Rede König Wilhelms bei der Eröffnung der Kammern hat den schönen Traum der Italiener zerstört: es werde Preußen die Rolle eines deutschen Piemont spielen und Oestreich von Norden her den Pfeil ins Herz treffen. Hinc irae! Darum sehen die Italianissimi in der königlichen Rede nichts Anderes, als ein Aufgeben aller nationalen Politik, eine förmliche Abdankung Preußens als Großmacht zu Gunsten Oestreichs. Das Ausreten des Bundestages zu Gunsten Holsteins geht denselben ebenfalls nicht zu Gefallen; denn auch darin wird wieder die Hand Oestreichs erblickt, welches den Bund um jeden Preis in den bevorstehenden allgemeinen Krieg verwickeln möchte. „Ist es der Mühe werth“, so ungefähr fragt die „Opinione“, der anmaßenden Herzogthümer halber ein neues Pulversak herbeizuziolen zu denen, die schon platzbereit in Fronte stehen? Zwölf Jahre schon wird die dänisch-deutsche Frage durchgedroschen und noch nie hinderte sie einen deutschen Patrioten daran, seine Friedenspfeife zu rauchen und den Schlaf des Gerechten zu schlafen. Warum jetzt die Rolle des rasenden Roland einüben?“ Dem deutschen Volke wird dann seine Furcht in Betreff der Rheinprovinzen vorgeworfen, die ja Niemand begehrt; kurz, wenn Deutschland sich als Deutschland zu fühlen beginnt und der Ruf: „Einer für Alle und Alle für Einen!“ gehört wird, so sind ihm in demselben Augenblicke die Ausländer ohne Ausnahme recht sehr gram, und dieses allein schon genügt, den Deutschen zu beweisen, daß sie auf der rechten Fährte sind. (M. P. Z.)

Turin, 29. Januar. [Telegr.] Für die Wahlen sind noch zahlreiche Ballotagen nöthig. Von den Gewählten gehört, so weit bekannt, der fünfte Theil der Opposition an. Die neapolitanischen und sicilianischen Provinzen haben ruhig abgestimmt.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Am 18. Januar, am Tage, wo der zwischen der Besetzung von Gaeta und den Piemontesen geschlossene Waffenstillstand anblies, hat, der „Indép.“ zufolge, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Königs Franz II., Casella, ein neues Rundschreiben an die Großmächte gerichtet, welches den Entschluß des Königs ankündigt, Gaeta bis auf's Aeußerste zu vertheidigen. Der Widerstand des Königs werde nur dann aufhören, wenn er unter den Ruinen des Plazes falle oder von dem Feinde gefangen genommen werde. In beiden Fällen bittet Casella die Mächte, die junge Königin gegen die Gewalt der Piemontesen zu beschützen.

Die „Patrie“ vom 27. Januar schreibt: „Daß die Piemontesen am 23. Januar eine Breitsebatterie 300 Meter von der bastionirten Front des Platzes entfernt errichtet haben sollen, erscheint vollkommen unmöglich. Nach den offiziellen Detailberichten, welche die Piemontesen selbst geliefert haben, war am 22. Morgens ihr am meisten der Stadt genähertes Werk der große Waffenplatz auf der rechten Seite der Angriffslinien, 600 Meter von der bastionirten Fronte. Von diesem Punkte mußte die Verlängerung der dritten Parallele ausgehen. Nun ist es nicht möglich, daß die Belagerer am 22. und 23. Januar um 300 Meter vorgerückt sind und unter dem so nahen Feuer der Vertheidiger eine Batterie errichtet haben. Trotz der Energie seiner Vertheidiger kann der Fall Gasta's als sicher angesehen werden; aber um zu diesem Resultat zu gelangen, welches in der Macht der Dinge liegt, ist eine bestimmte Zeit erforderlich, deren Dauer die Uebertreibungen der italienischen Zeitungen nicht vermindern können.“

Nach dem Bulletin des Pariser „Moniteurs“ vom 28. Januar geben die Piemontesen ihre Verluste auf etwa 20 Tödt und eben so viele Verwundete auf der Landseite, und auf drei oder vier Tödt und etwa 20 Verwundete auf der Seeseite an.

Ein Brief aus Genua vom 26. Jan. meldet der „Patrie“, daß man daselbst die Ankunft von drei sardinischen Schiffen erwartete, die ihre Beschädigungen nicht vor Gasta selbst ausbessern konnten. Ein Kanonenboot, „Confienza“, soll durch die Explosion einer gezogenen Kanone beinahe das ganze Hintertheil verloren haben.

Aus Neapel, 19. Januar, berichtet die „Trierter Zeitung“: „Das 2. Bataillon der Nationalgarde hat eine für Gaeta bestimmte Sendung Konfituren, Zigarren, Zucker und Kaffee, sowie eine Korrespondenz der Nonnen von Santa Chiara mit König Franz aufgesandt.“

Der „Allg. Bzg.“ schreibt man aus Neapel vom 19. Januar: „Die Zahl der „Reaktionäre“ in den Provinzen hat sich so bedeutend vermehrt, daß sie die Höhe von 15,000 erreicht haben soll; sie beabsichtigen, von den Abruzzern aus dem General Staldini in den Rücken zu kommen, welcher, natürlich hierdurch nicht wenig beunruhigt, sogleich die Mittheilung hierher machte und schleunigst um Unterstützung bat, was denn die Absendung des dritten Garderegiments zur Folge hatte. Er muß überhaupt von der römischen Seite her große Befürchtungen haben, denn die Grenze wird scharf bewacht, und aller Verkehr über Terracina ist aufgehoben.“

Eine Privatkorrespondenz des „Ami de la Religion“ aus

Napapel will wissen, daß ein piemontesischer Oberoffizier 200 Bauern ohne weiteres gerichtliches Verfahren habe erschießen lassen. Ebenso habe ein Kapitän der Nationalgarde 17 Individuen ohne weitere Formalitäten erschießen lassen. „Diese empörenden Grausamkeiten“, fährt obige Korrespondenz fort, „können nur eine allgemeine Erhebung der Bevölkerung zur Folge haben. Es geht auch das Gerücht, daß 8000 Piemontesen genöthigt gewesen seien, sich vor der Insurrektion zurückzuziehen, während ein anderes Korps bis nach dem Adriatischen Meere zurückgedrängt worden sei. Man wendet alle Mittel an, um diese Begebenheiten nicht bekannt werden zu lassen, und schon sind zwei Journale („Guadaro“ und „Croce Rossa“ wegen Veröffentlichung derselben unterdrückt worden. In Varetta hat man die Nationalgarde aufgelöst und eine provisorische Regierung im Namen Franz II. ernannt. Auch erging an alle Einwohner der gefährte Befehl, die rothe Kofarde zu tragen.“ Der Typhus richtet große Verheerungen in der piemontesischen Armee an.

Die neapolitanischen Marineoffiziere, welche in Castellamare vor ein sardinisches Kriegsgericht gestellt werden sollen, haben erklärt, sie seien der Idee der Einheit und Unabhängigkeit Italiens vollkommen ergeben, weigern sich aber, gegen ihren früheren Herrscher, Franz II., zu kämpfen. Zwei sardinische Oberoffiziere, welche nach einander dazu aufgefordert worden waren, haben sich geweigert, den Vorsitz in diesem Kriegsgericht zu führen.

Man schreibt der „Pr. 3.“ aus Messina, 25. Januar: In der vergangenen Woche sind hier verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden. Zuerst kam ein türkischer Polizeikommissar von Konstantinopel und versicherte der hiesigen Polizeiverwaltung, es müsse in Messina eine Fälschmünzerbande sein, die den konstantinopolitanischen Markt mit falschen Piastern überschwemme. Der Kommissar machte auch die Personen namhaft, welche in dringendem Verdacht seien, die Verfertiger der sehr gut nachgeahmten Goldstücke zu sein. Man hielt darauf bei der betreffenden Person einem Graveur, Haussuchung und erwischte die ganze verdächtige Gesellschaft nebst den sichersten Beweisen, daß sie wirklich die Verbrecher seien. So unbedeutend an sich diese Fälschmünzergesellschaft ist, so gewinnt sie doch dadurch an Interesse, daß die Entdeckung der Bande durch die türkische Polizei, von der man sonst eben doch nicht viel Nühmliches hört, ausgegangen ist. Man findet jetzt hier sehr viel falsches Geld, und auch aus anderen Städten der Insel vernimmt man Klagen über dasselbe Leiden. — Wichtiger als die Verhaftungen dieser Bande ist die Gefangenennahme französischen hoher Legitimisten, die man beschuldigt, Verbindungen mit der Besatzung der Zitadelle angeknüpft und Versuche gemacht zu haben, Erhebungen gegen das gegenwärtige Regime hervorzurufen. Anfänglich hat man dieselben in ihren Zimmern in den Gasthöfen überwacht, gestern hat man sie nach Fort Gonzaga abgeführt. Inwieweit dieselben schuldig sind, muß erst die Untersuchung herausstellen. Hier weiß man nichts Sicheres. Selbst der französische Konsul soll über das Nähere nicht unterrichtet sein. Ebenso wenig ist etwas Sicheres über die Art und Weise der Entdeckung des Insurrektionsplanes zu erfahren. Es soll sich ein Mann durch die Vorposten über die Terra nuova nach der Zitadelle geflüchtet haben. Da man nun schon erfahren hatte, daß allerhand nicht erlaubter Verkehr zwischen der Zitadelle und der Stadt bestehe, so seien die Vorposten instruiert worden, wenn diese Person wieder aus der Zitadelle herauströme, dieselbe anzuhalten. In der Nacht sei dann dieselbe auch verhaftet worden und habe sich für den Bedienten eines französischen Herzogs ausgegeben. Darauf hin sei dann der Letztere verhaftet worden. Nach einer anderen Version hätte ein Ueberläufer aus der Zitadelle die betreffenden Personen verrathen. Man habe in Calabrien und in Melazzo Aufstände organisiren wollen, bei denen der Besatzung der Zitadelle eine Rolle zugebachet gewesen sei. Sicher ist es, daß man in Bagnara, an der calabrischen Küste, einen Schweizer verhaftet hat, der früher in den Diensten des Königs von Neapel gestanden und mit vielen Empfehlungsschreiben in alle möglichen Orte Calabriens versehen war. Nach Reggio hatte man, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, deshalb ein halbes Bataillon reguläres Militär von hier geschickt.

In Palermo, schreibt man der „Allg. Ztg.“, hat sich eine Gesellschaft von Mordmännern (pugnalatori) gebildet, welche bei hellem Tage ihr Gewerbe gegen alle die Personen in Ausübung bringen, die in die Proskriptionslisten eingetragen sind. Herr Scibona, ein Bureauchef im Staatssekretariat, wurde bei hellem Tage in der Straße Betriera erdolcht, Advokat Gandolfo gleichfalls bei Tage in seinem Hause, Ritter Longo in der Dämmerung, und am folgenden Tag kam ein Entschuldigungsbillet in seine Wohnung, worin bedauert wurde, daß er für einen Andern gehalten worden wegen Aehnlichkeit seiner Person. Viele Andere hatten ein ähnliches Schicksal; eine Menge Leute flüchteten sich nach Neapel, aus Furcht, auf der verhängnißvollen Liste zu stehen.

Das offizielle „Giornale“ von Sicilien erklärt die Gerüchte von einer bourbonischen Bewegung auf Sicilien für eben so grundlos, wie das andere, als habe Franz II. einer sicilischen Deputation ein sicilisches Parlament und einen seiner Brüder zum Statthalter versprochen. — Die „Armonia“, das Organ des Klerus in Turin, befindet sich in der Lage, zu erklären, daß die römische Kurie falsch beschuldigt werde, wenn man behaupte, sie habe bei den Umständen in den Abruzzern die Hand im Spiele.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. Jan. [Tagesnachrichten.] Der Kaiser hat den israelitischen Soldaten, welche in der Garde gedient haben, nebst ihren Familien verstatet, den Aufenthalt in Petersburg zu nehmen. — Aus der Ukraine wird von einem so furchtbaren Schneefall gemeldet, daß nicht bloß zahlloses Vieh, sondern auch viele Menschen in den Dörfern verschüttet worden sind. — Wie aus Moskau geschrieben wird, war die Kälte am 18. d. bis auf 34 Grad gestiegen. — Der Emir der Bucharei (Turkestan) Sultan Nassourla-Beaduc ist vergiftet worden, wie es heißt, durch seine Frau mit Hülfe eines jüdischen Arztes, um einen Emir aus der Bölkerschaft der Scherchawtly ans Regiment zu bringen; vor seinem Sterben noch hat der Emir die Ursache seiner Krankheit erkannt und seine verbrecherische Ehefrau tödten, demnächst seinen älteren Sohn mit der Regierung bescheiden lassen. Nassourla-Beaduc regierte gegen 35 Jahre unter Zufriedenheit seiner Bölker, gesüchdet von den Nachbarn, den Bölfern von Kivan und Kofan, befreundet mit Rußland durch Handelsverbindungen; die Bucharen sind

sämtlich Kaufleute. Auch von dem neuen Emir sind gute Handelsbeziehungen zu Russland zu erwarten.

— [Die Korruption des russischen Beamtenstandes]. Schreibt man der „D. Z.“ von der russischen Grenze, ist für uns Grenzbewohner ein so trivialer Gegenstand, daß man so wenig davon spricht, als vom Auf- und Untergehen der Sonne, es müßte denn sein, daß hin und wieder außerordentliche Vorkommnisse neue Streiflichter darüber werfen. So giebt, wie vor vier Jahren, auch die jetzt in unserer Nachbarschaft Rowno, 14 Meilen von der Grenze herrschende Rinderpest wieder einmal Veranlassung zu einer derartigen trüben Beleuchtung. Daß die Rinderpest in der bezeichneten Gegend grassirt und ihr bereits mehrere hundert Stücke Vieh zum Opfer gefallen sind, steht fest. Es liegt indeß im Interesse der russischen Verwaltungsbeamten, die Wahrheit darüber so viel als thunlich zu unterdrücken, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstlich scheuen die Beamten die ihnen aus dem Bekanntwerden dieser Thatsache und den etwa Seitens des Gouvernements zu treffenden Maaßregeln erwachsende Mehrarbeit. Zweitens haben die Handelsleute wichtige Gründe, diese Mittheilungen über das Bestehen der Pest zu unterdrücken, weil ihr Handel über die Grenze durch etwaige diesseitige Sperrmaassregeln gehemmt werden würde. Eben so würde dadurch den Fleischhändlern, welche aus dem Handel mit dem Fleische des erkrankten Viehes einträgliche Geschäfte machen, ein bedeutender Gewinn entzogen werden. Sie wissen sich also mit bekannten Mitteln der Fabeln und Ansichten der Beamten zu bemächtigen, und die Pest existirt nicht! Aber je weniger sie auf dem Papiere existirt, desto weniger Mühe hat sie, sich im Lande auszubreiten. Was kümmert das aber den russischen Beamten, gelingt es ihm nur, diesen Umstand zu Nutzen und Frommen seines schmalen Einkommens und seiner großartigen Ausgaben auszubenten. Unsererseits wird aber dadurch die Verwaltung genöthigt, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um das Einschleppen der Pest zu verhüten.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Januar. [Eisenbahn durch Fühnen und Sütlund.] Das Folkething hat heute endgültig den Gesetzentwurf wegen Anlage und Betrieb einer Eisenbahn durch Fühnen und Sütlund mit Anschluß an die südwestliche Eisenbahn angenommen, übereinstimmend mit dem Beschlusse des Landthings und mit dem unterm 18. Dez. 1860 zwischen der Regierung und Sir Morton Peto abgeschlossenen Kontrakte.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 28. Jan. [Rekonstitution der moldauischen Bank.] Auch die fürstliche Sanction zur Rekonstitution der moldauischen Bank in den von der letzten Generalversammlung beschlossenen Formen ist soeben erfolgt und der vorgelegte Statutenentwurf genehmigt. Die Bank wird in der Folge anstatt Nationalbank vielmehr moldauische Landesbank heißen. (B. B. Z.)

Afrika.

Kairo, 16. Jan. [Ministerwechsel; Sparsamkeit; El Hamy Pascha's Nachlass; die Saison.] Es hat ein Ministerwechsel stattgefunden, welcher hier einiges Aufsehen erregte und der auf die Verhältnisse in Egypten nicht ohne Rückwirkung sein wird. Said Pascha hatte nämlich den Entschluß gefaßt, mit einer Truppenmasse von etwa 10,000 Mann eine pompöse Pilgerreise nach den heiligen Städten Mekka und Medina zu machen. Die Minister, welche bei der Entfernung der Truppen Unruhen im Lande und vielleicht auch von Außen befürchteten, richteten ein Gesuch an den Vizekönig, worin sie ihn baten, das Land nicht zu verlassen. Der Vizekönig, der in dieser Kollektivmaassregel den Versuch einer Beschränkung seiner Machtvollkommenheit entdecken mochte, beantwortete die Bittschrift durch Entlassungsbefehle sämtlicher Unterzeichneten. Mit Ausnahme der Hargieh (des Kriegsministeriums) sind alle Posten neu besetzt worden, und es verlautet fogar, daß einige der Unterbeamten im Ministerium des Auswärtigen, darunter der Schreiber des fraglichen Bittgesuchs, die Bastonade bekommen haben sollen. — Die Bescheidung des vizeköniglichen Prinzen Tuffan Pascha hat vor einigen Tagen zum großen Entsetzen der französischen Kaufleute, die auf feste Kommissionen zu den Festlichkeiten gerechnet hatten, ohne jeden Pomp stattgefunden, und es gewinnt somit den Anschein, als ob Mohamed Said mit großer Energie und Selbstverleugnung sein Sparsystem durchzuführen wolle, was im Interesse des Landes sehr wünschenswert wäre. Eine Verbesserung der Finanzen ist schon jetzt bemerkbar, da man Anstalten macht, die Beamten regelmäßig zu bezahlen und die ausgegebenen Bons einzulösen. — Der Generalstatthalter, welcher vom Grosherrn mit der Regulirung des Nachlasses des verstorbenen Prinzen El Hamy Pascha betraut war, hat dieses sehr mühsame und langweilige Geschäft an eine Kommission übertragen, die unter Leitung El Hamy Pascha's steht; dieselbe ist gegenwärtig mit dem öffentlichen Verkauf der weitläufigen Güter beschäftigt. Um einen Begriff von dem Reichthume des verstorbenen Sohnes Abbas Pascha's zu geben, führen wir hier nur an, daß gegenwärtig ein Terrain, mehrere Magazine und ein großes Gebäude (eine sogenannte Kelle) in Alexandria unter dem Hammer sind, wovon auf erstere 23,500 ägyptische Guineen, auf die Magazine 25,000 Lire und auf die Kelle 20,000 Lire angeboten sind, was vielleicht ein Drittel des realen Werthes ausmacht. Diese drei Immobilien betragen annähernd den zwanzigsten Theil des prinzipalen Vermögens, welches sich soweit auf etwa 51,170,000 preuß. Thaler beläuft. Die Pferde des weltberühmten Abbas Pascha'schen Marstalles sind sämtlich verkauft, und hat das beste derselben Baron Hügel für Württemberg mit 9400 Thlr. erstanden. Die darauf folgenden werthvolleren Thiere sind einerseits vom Fürsten Arenberg für Oesterreich, andererseits von Ali Bey für den berühmten Marstall seines Vaters, Sherif Pascha, angekauft worden; auf Private sind nur Pferde geringeren Werthes gekommen. — Die Saison hat sich schlecht angefallen; es sind bisher nur wenige Fremde hier, darunter nur einige hervorragende Persönlichkeiten, wie der Prinz von Schweden und Norwegen, der bereits nach Ober-Egypten abgereist ist, und der oben genannte Fürst Arenberg. Dr. Th. v. Heuglin wird mit seiner Begleitung in Kurzem hier erwartet. (R. Z.)

Dscheddah, 6. Dez. [Die Besetzung von Adulis durch die Franzosen.] Der Scheik von Zeila und die Notabeln seines Gebiets haben eine Petition an den Scheriff von Mekka geschickt, worin sie gegen die Besetzung von Adulis durch die Franzosen Beschwerde erheben. Der Scheriff erwiderte, er werde die Petition an die Pforte gelangen lassen. Die über 20 Meilen tiefe, durchschnittlich 8 Meilen breite und für jedes Fahrzeug hinlängliche Tiefe besitzende Bucht von Adulis, etwas südlich von Massana im Rothen Meere, hat ein für den Handel an beiden Ufern des letzteren so wie mit Abyssinien besonders günstige Lage. Wie weit die Franzosen im Stande oder Willens sind, dieselbe zu benutzen, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit angeben. Es wird unter Anderem auch behauptet, daß, nachdem die ägyptische Regierung den Franzosen die Erlaubniß verweigert, Waffen und Munition für Rechnung der Abyssinier durch Egypten zu transportiren, französische Kriegsschiffe auf der anderen Seite gezogene Kanonen und anderen Kriegsbedarf für die Abyssinier nach Adulis bringen. Herr Lesseps steht in regelmäßiger Korrespondenz mit dem Könige von Abyssinien und habe ihn auch ersucht, Arbeiter für den Suezkanal nach Egypten zu schicken.

Amerika.

Newyork, 11. Jan. [Die Botschaft des Präsidenten an den Senat.] Folgendes ist der wesentliche Inhalt der letzten Botschaft, die Präsident Buchanan am 9. d. dem Senate vorgelegt hat: „Bei Eröffnung der Session habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die der Union drohenden Gefahren gelenkt. Ich habe meine Ansichten über die Veranlassung derselben offen ausgesprochen und den Weg angedeutet, den ich zur Beseitigung der Gefahren für den zweckmäßigsten erachte. Ich will das Gesagte hier nicht wiederholen, denn es hat sich seitdem in meinen Ansichten nichts geändert. Sehr bedauern muß ich, daß ich Ihnen heute keine günstigeren Berichte über die Zustände vorlegen kann. Die Lage hat sich verschlimmert, die Hoffnung auf eine friedliche Ausgleichung schwindet mit jedem Tage mehr und in gleichem Verhältnisse mehren sich die Verlegenheiten. In meiner Jahresbotschaft sprach ich die wohlverwogene Ansicht aus, daß kein Staat das Recht besitze, sich eigenmächtig von der Union loszusagen und seine Verpflichtungen nach Belieben abzuschütteln. Ferner: daß, angenommen selbst, er wäre dazu berechtigt und machte davon fälschlich Gebrauch, die Exekutivgewalt nimmer die Berechtigung besitzen würde, diesen Trennungsschritt anzuerkennen. Ich darf als Haupt der Exekutive keine neuen Gesetze machen, kann nur den bestehenden Geltung verschaffen. Alles Andere gehört vor das Forum des Kongresses. Ich besitze ganz bestimmt nicht die Machtbefugniß, einen aggressiven Krieg gegen irgend einen Staat zu führen und bin überzeugt, daß dies vermöge der Verfassung nicht einmal dem Kongresse gestattet ist; klar und unverfänglich dagegen ist das Recht und die Verpflichtung, die Militärmacht in defensiver Weise gegen diejenigen zu verwenden, die das Eigentum der Bundesregierung antasteten oder sich den Bundesbeamten bei der Ausübung ihrer Amtspflichten widersetzen. Leider ist die feindselige Haltung der Staaten schon weit über die gewöhnlichen Repressivmaassregeln hinaus, so daß von einer bloßen Kontrolle der Exekutivgewalt nicht mehr die Rede ist. Wir können es uns nicht verhehlen, daß wir inmitten einer großen Revolution stehen. Und deshalb stelle ich die Angelegenheit dem Kongresse anheim, als dem einzigen irdischen Tribunal, welches die Macht besitzt, unter den jetzigen Verhältnissen zu handeln. Ihm allein fällt alle Verantwortung zu. Sollte die Union aber zu Grunde gehen, dann würde der Süden von diesem Unglücke mindestens eben so sehr als der Norden zu leiden haben. Das Schlimmste bei der Sache, und was uns vor der Mit- und Nachwelt ins schwärzeste Licht stellen müßte, besteht meiner Ueberzeugung nach darin, daß die ganze Trennungsbewegung sich namentlich auf ein solches Urtheil des Südens über die Gefinnung der meisten nördlichen Staaten stützt. Eine allgemeine geheime Abstimmung würde bald darüber Aufschluß geben. Aber einen derartigen Versuch sollte man, beim Himmel, noch zur rechten Zeit machen, bevor wir uns förmlich in einen mörderischen Kampf stürzen. Die Zeit ist eine große konservative Macht. Laßt uns in diesem gewichtigen Augenblick innehalten, um dem Süden wie dem Norden Zeit zum Nachdenken zu gönnen. Durch Sie fordere ich das Volk auf, in seiner Machtvollkommenheit zu erklären, daß die Union durch alle verfassungsmäßigen Mittel erhalten werden solle und müsse. Eine gemeinschaftliche Basis zur Ausöhnung wird sich wahrlich erzielen lassen. Der beantragte Kompromiß, der darauf hinausgeht, eine Demarcationslinie zwischen dem Norden und Süden zu bestimmen, sollte allgemeine Zustimmung erhalten. Ist er an sich auch nicht ganz befriedigend, so sollte doch alles Zögern wegsallen, wenn es durch gegenseitige Zugeständnisse dieser Art möglich werden kann, den Zerfall der Union zu hindern.“ Nachdem der Präsident im weiteren Verlauf der Botschaft sich darüber geäußert, daß er Verstärkungen der Bundesstruppen nach Charleston geschickt hat, schließt er mit folgenden Worten: „Zum Schluß sei mir die Bemerkung gestattet, daß ich meine Landeute oft vor den Gefahren gewarnt habe, denen wir jetzt ausgesetzt sind. Es ist dies möglicherweise das letzte Mal, daß ich in meiner amtlichen Stellung diesen Gegenstand berühre. Ich fühle, daß ich meine Pflicht redlich, wenn auch vielleicht ungenügend erfüllt habe, und mag der Ausgang wie immer sich gestalten, ich werde das Bewußtsein mit ins Grab nehmen, daß ich das Beste meines Vaterlandes angestrebt habe.“ Washington, 8. Januar 1861.

James Buchanan. — [Die Festungen in den Südstaaten], deren jetzt häufiger erwähnt wird, sind ihrer Zahl wie zum Theil auch ihrer Stärke nach ziemlich bedeutend. Es giebt deren 29 längs der Küste der Staaten zwischen Baltimore und der Barrataria-Bai in Louisiana, die 3000 Geschütze enthalten und dem Staate gegen 15 Mill. Dollars gekostet haben. Dazu mehrere unvollendete Forts, verschiedene Arsenale und beträchtliche Waffenkammern, die im Falle eines Bürgerkrieges schwer ins Gewicht fallen würden. Wahrscheinlich sind diese Festungen von Bundesstruppen besetzt, aber so schwach, daß sich die Befestigungen gegen ernste Angriffe der Südstaaten nicht würden halten können.

Newyork, 12. Jan. [Beschießung des „Star of the West“ vor Charleston; Resolution der Legislatur von Virginia.] Das Dampfschiff „Star of the West“ ist bekanntlich verhindert worden, seine Truppen in Charleston zu landen. Der „Charleston Courier“ vom 10. enthält einen ausführlichen Bericht über die Behandlung des „Star of the West“. Als das Schiff am 9. Morgens von den von den Süd-Karolinanern besetzten Batterien auf Morris Island signalisirt wurde, machte man sich dort sofort schiffbereit. Der „Star of the West“ hielt sich, nachdem er über die Barre gegangen war, in dem gewöhnlichen Fahrwasser und befand sich Morris Island gegenüber in einer Entfernung von etwa 3 Meilen, als eine Kugel aus der Batterie vor seinem Vordertheile einschlug. Der „Star of the West“ zog nun die Unionssflagge auf und erhielt darauf sofort mehrere scharfe Schüsse; er setzte seinen Weg desentwegen fort; aber auf zwei Schüsse in den Rumpf einschlugen und auch Fort Moultrie sein Feuer eröffnete, mußte das Schiff umkehren. Der Schaden, den es erlitten hat, ist unbedeutend, da von 17 Schüssen nur zwei getroffen haben. Fort Sumter verhielt sich schweigend. Nach Beendigung der Kanonade schickte jedoch Major Anderson ein Schreiben an den Gouverneur Pickens, in welchem er demselben erklärte, daß er das Feuer der Batterie auf Morris Island und in Fort Moultrie nur deshalb nicht erwidert habe, weil ihm der Kriegszustand nicht notifizirt sei und er daher habe annehmen müssen, daß der Akt der Feindseligkeit ohne Genehmigung des Gouverneurs stattgefunden habe. Sollte aber dieser in den Annalen zivilisirter Nationen unerhörte Akt auf Befehl des Gouverneurs erfolgt sein, so erkläre er denselben für einen Kriegszustand und werde fortan kein Schiff mehr im Bereich seiner Geschütze passieren lassen. Gouverneur Pickens erwiderte hierauf, daß jeder Versuch, Federalstruppen zur Verstärkung des Forts von Charleston zu landen, als Akt der Feindseligkeit werde angesehen werden, daß deshalb Anstalten getroffen worden seien, alle Schiffe mit Truppen an Bord zurückzuweisen, daß der „Star of the West“, ehe man sich auf ihn geseuert, einen Warnungsschuss erhalten habe, und daß das ganze Verfahren von ihm (dem Gouverneur) als ein berechtigtes angesehen werde. Was die Drohung des Major Anderson betrifft, so müsse derselbe seiner Verantwortlichkeit gemäß handeln; seine Stellung im Hafen sei eine nur geduldet, und wenn er Feindseligkeiten übe, so würde dabei der Zweck hervorgerufen, Süd-Karolina als ein erobertes Land zu behandeln. In Folge dieser Erwidrerung erklärte Major Anderson, neue Instruktionen einholen zu wollen, und erhielt die Erlaubniß, zu dem Behufe zwei Offiziere nach Washington abzusenden. — Die Legislatur von Virginia hat eine Resolution angenommen, derzufolge sowohl der Präsident der Vereinigten Staaten als die Behörden der südlischen Staaten aufgefordert werden sollen, Frieden zu halten, während in Virginia selbst zu diesem Zwecke mit Rücksicht auf die Arsenale und Forts der Nation der Status quo aufrecht erhalten werden soll. Man hegt in Virginia große Furcht vor einem Sklavenaufstand, und es sind zu diesem Zwecke auf allen Plantagen bewaffnete Patrouillen eingerichtet worden.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 30. Jan. [5. Sitzung.] In der heutigen Sitzung des Herrenhauses erstattete der Präsident zuvörderst Bericht über die Ueberreichung der Adresse des Hauses an den Königs Majestät. Dieselbe sei durch die dazu erwählte Deputation am Sonnabend, den 26. d., überreicht worden und Se. Maj. der König hätten geruht, darauf Folgendes zu erwidern:

„Die Worte mit welchen Sie Mir die Adresse des Herrenhauses übergeben, sind Meinem Herzen theuer, da ich in denselben die Treue und Ergebenheit für Mich, Ihren nunmehrigen König, in erfreulicher Art ausgesprochen finde. Der Inhalt der Adresse und die darüber im Herrenhause gepflogenen Verhandlungen sind Mir nach dem Geschäftsgange bekannt. Der dabei dargelegte Ausdruck des tiefen Schmerzes über den Verlust des heimgegangenen Königs, so wie die Gefinnungen für Mich, sind ganz so, wie ich sie von dem Herrenhause erwartet habe, und ich sage demselben dafür durch Sie Meinen Dank. Die Grundsätze Meiner Regierung habe ich bei Uebernahme der Regentchaft dargelegt. Was ich will, habe ich offen und bestimmt ausgesprochen. Ich will keinen Bruch mit der Vergangenheit; aber ich will, wo meine Ueberzeugung es Mir eingelegt, die bessernde Hand an unsere Landes-Institutionen legen, wie dies der König, Mein hochseliger Vater, auch that, bei dem man gewiß kein Vergessen der Vergangenheit verhängnißvollen Zeit die Ueberzeugung schöpfte, daß die bessernde Hand an die Institutionen des Landes zu legen sei, woraus die Gesetzgebung von 1808 hervorging. Ebenso ist auch der König, Mein hochseliger Bruder, verfahren, als er aus Erlebnissen Seiner Epoche die durchgreifenden Reformen vornahm. Ich habe Mir vorgezeichnet, wie weit ich gehen kann, und werde diese Linie bestimmt innehalten, da jede Regierung ihre eigene Aufgabe hat. Ich erwarte zuversichtlich von dem Herrenhause, daß es Mir auf Meinem Wege folgen wird. Wir können uns nicht verhehlen, daß wir vielleicht schweren Zeiten entgegengehen. Mit Rücksicht darauf wird Alles darauf ankommen, daß das Land in seinen Vertretern mit Mir einig sei. Das wünsche, das hoffe, das erwarte ich von den bevorstehenden Verhandlungen. Nur so werden wir nach Innen und Außen stark und getrost der Zukunft entgegengehen können; dann werden wir, auch wo sich abweichende Ansichten im Laufe der Verhandlungen geltend machen, bei deren Schlusse als Freunde scheiden können.“

Nach diesem Bericht folgten weitere geschäftliche Mittheilungen und die Vorlage mehrerer Gesetzentwürfe. — Der Minister des Innern überreichte zwei Gesetzentwürfe: 1) das Eingangs- und Einkaufsgeld in den Landgemeinden und den nach der Landgemeindeordnung verwalteten Städten der Provinz Westfalen; 2) das Eingangs- und Einkaufsgeld in den nach der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 verwalteten Gemeinden der Rheinprovinz betreffend; so wie 3) einen Gesetzentwurf wegen Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die 6 städtischen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1852. Der Justizminister (dann) 1) einen Gesetzentwurf, das Ehe-recht betreffend, 2) den Entwurf einer Deklaration, betreffend die Befugniß des überlebenden Ehegatten nach den in den Fürstenthümern Paderborn und Minden, den Grafschaften Ravensberg und Nieberg, den Herrschaften Rheda und Gütersloh und dem vormaligen Amte Neideberg geltenden Gütergemeinschaft, während der communio prorogata über das gütergemeinschaftliche Vermögen zu disponiren. — Zur Verabreichung dieser Gesetzentwürfe wurde die Bildung von vier besonderen Kommissionen beschlossen. — Schließlich erfolgte die Wahl eines Schriftführers in Stelle des Grafen v. Cammer, welche mit 72 unter 91 abgegebenen Stimmen auf den Herrn v. Romberg fiel.

Haus der Abgeordneten.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat nachstehenden (bereits gestern im telegraphischen Anzuge mitgetheilten) Entwurf der an Se. Majestät den König zu richtenden Adresse genehmigt:

Allerhöchster König! Allerhöchster König! Allerhöchster König! Herr! Eurer Königlich Majestät haben sich die Abgeordneten des preussischen Volkes in Hingebung und Treue; sie haben sich in wehmüthiger Trauer und hoffnungsvoller Zuversicht. In dem heimgegangenen Königl. Herrn, in welchem Euer Majestät den geliebten Bruder beweißen, hat das Land den Herrscher verloren, dessen hoher, frommer, königlicher Sinn nur das Gute und Gute erstrebte. Das preussische Volk wird nie vergessen, mit welcher Treue der verklärte Monarch seinem Volke und seinem Beruf angehörte, und die Geschichte wird es bezeugen, daß Friedrich Wilhelm IV. den festen Grund verfassungsmäßiger Freiheit in Preußen gelegt hat. Zu Eurer Königl. Majestät wenden sich tröstlich unser Blick. Die Regentchaft hat den edelsten Sohn des Hohenzollernschen Herrscherhauses bewahrt, sie hat Preußen im Innern gestärkt, hat Preußen in Deutschland, in Europa gehoben. Das Land sagt Eurer Majestät für dieses königliche Walten den aufrichtigsten und eifrigsten Dank und freut sich der Versicherung, daß die Grundsätze des Regenten, durch die Erfahrung erprobt, auch die des Königs sein werden. Wir wissen aus Eurer Königl. Majestät eigener Erklärung, daß Allerhöchste dieselben nie aufheben werden, die Verfassung und die Gesetze des Landes zu schützen und die sorgliche und bessernde Hand da anzulegen, wo Willkürliches und gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes sich zeigt. Wie wir demzufolge mit freudiger Zustimmung die Männer begrüßen, mit denen Euer Königl. Majestät den Thron umgeben haben, so hegen wir auch das Vertrauen, daß Eurer Königl. Majestät Regierung befreit sein wird, die notwendige Einheit in der Verwaltung immer mehr zu beseitigen, in deren wesentlichem Interesse es liegen muß, ihre Anordnungen durch solche Organe ausgeführt zu sehen, welche dem Regierungssystem ihre volle und aufrichtige Unterstützung darbieten.

Euer Königl. Majestät haben, um die Nachfolge und das Selbstgefühl des Landes zu erhöhen, der Ausbildung und Verstärkung unserer Heereskraft Allerhöchster besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Voranschläge, welche uns zu diesem Behufe vorgelegt sind, werden wir mit der strengsten Gewissenhaftigkeit prüfen. Es wird uns zur Genugthuung gereichen, die in der Armee getroffenen neuen Anordnungen als solche zu erkennen, welche sich innerhalb der gesetzlichen Grundlagen unserer Heeresverfassung bewegen, und die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die vorhandenen Hülfsmittel ausreichen, die in Antrag gestellte Mehrausgabe für das Heer ohne zu große Belastung des Landes zu decken. Mit Eurer Königl. Majestät hoffen wir, daß die Gesetzentwürfe, welche uns über die Grundsteuerfrage vorgelegt sind, die endliche Erledigung dieser für Krone und Land gleich wichtigen Angelegenheit herbeiführen werden, damit fortan alle Preußen, wie sie die Wehrpflicht gleichmäßig tragen, so auch zu den Staatsbedürfnissen gleichmäßig beisteuern. Gleicher Weise können wir nur dringend wünschen, daß die Reform des Gerichts endlich ihre befriedigende Lösung finde. Die anderen wichtigen Gesetze, deren Vorlage uns in Aussicht gestellt ist, werden wir einer sorgfältigen Berathung unterziehen. Eine erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung ist unerlässlich, um den Ausbau unserer Verfassung zu vollenden und eine richtigere Abgrenzung der Gebiete der Justiz und der Verwaltung herbeizuführen. Mit besonderem Danke werden wir es erkennen, wenn Eurer Königl. Majestät Regierung fortfahren wird, eine größere Rechtschaffenheit des deutschen Volkes anzubahnen. Die weitere Förderung des Verkehrs wird für das Wohl des Landes von den heilsamsten Folgen sein. Die Aushebung der Durchgangsabgaben und die Herabsetzung der Rheinzölle sind bedeutsame Schritte in dieser Richtung. Wir sind gewiß, daß Eurer Königl. Majestät Regierung in diesem Sinne auch ferner thätig sein und namentlich fortfahren wird, den Grundlag der freien Schifffahrt kräftig zu vertreten.

Daß Eurer Königl. Majestät Regierung im Begriff steht, mit der kaiserlich französischen Regierung über die verfassungsmäßige Gestaltung der Verkehrsbeziehungen zwischen dem Zollvereine und Frankreich in Unterhandlungen zu treten, haben wir mit besonderer Befriedigung vernommen. Es wird dadurch nicht allein die Hoffnung auf eine wesentliche Förderung des Verkehrs erwacht, sondern auch die erfreuliche Aussicht eröffnet, daß zwei große Nationen in erhöhtem Maße Gelegenheit finden werden, in den Arbeiten des Friedens mit ein-

(Fortsetzung in der Beilage.)

ander um den Preis zu ringen. Da Eurer Königl. Majestät im verflochtenen Jahre gelungen ist, die Beziehungen zu den Großstaaten durch persönliche Begünstigungen mit deren Monarchen immer erfreulicher zu gestalten und dadurch Bürgschaften für den europäischen Frieden zu gewinnen; so dankt das Land Allerhöchstden Eurer Majestät für diese edlen Bestrebungen und hat insbesondere mit großer Genugthuung vernommen, daß Eurer Königl. Majestät die Wahrung der Integrität des deutschen Bodens für die erste Aufgabe Eurer deutschen, Eurer europäischen Politik erklärt haben. Auch wir wünschen, daß es Eurer Königl. Majestät Regierung gelingen möge, eine Revision der Kriegsverfassung des Bundes in einer der Sicherheit und der Macht des Gesamtverbandes entsprechenden Weise herbeizuführen. Aber, Allerhöchstden König und Herr! wir fühlen uns gedrungen, unsere Ueberzeugung offen auszusprechen, daß eine zweckmäßigere Gestaltung der Heeresordnung allein nicht genügen wird, die berechtigten Wünsche des deutschen Volkes zu erfüllen. Das einmütige Zusammengehen aller deutschen Regierungen und Stämme trägt doch, auch wenn es erreicht ist, nur dann die Gewähr der Dauer und der energischen Wirksamkeit in sich, wenn es in zeitgemäßen, dem Drange der deutschen Nation nach größerer Einigung ihrer Stämme entsprechenden politischen Institutionen ausgeprägt ist. Daß dann Preußen die ihm durch seine Geschichte und Machtverhältnisse gebührende Stellung eingeräumt werde, ist eine Forderung, welche in dem untrennbaren Interesse Deutschlands wie Preußens ihre Begründung findet.

Daß Eurer Königl. Majestät treue, wohlgemeinte und gemäßigte Rathschläge den Verfassungstreit in Kurheffen nicht zum Austrage haben führen können, beklagen wir tief. Wir vertrauen, daß es Eurer Königl. Majestät Regierung gelingen wird, durch energische Anwendung aller geeigneten Mittel den verfassungsmäßigen Zustand des Landes wieder herzustellen und einem gelebten, festen Deutschen Stamme ein gutes Recht zurückzugeben. Wir theilen Eurer Königl. Majestät lebhaftes Bedauern, daß die unter der Herrschaft des Königs von Dänemark vereinigten deutschen Herzogthümer noch nicht zu dem Genuße eines der bestehenden Vereinbarungen entsprechenden geregelten Verfassungszustandes gelangt sind. Auch wir erkennen es als eine nationale Pflicht an, daß Preußen mit seinen deutschen Verbündeten die gebührende Lösung dieser Frage herbeiführt. Mit Bestimmtheit legen wir voraus, daß, wenn eine Bundesreform für das Herzogthum Holstein stattfinden sollte, das Recht Deutschlands in Beziehung auf das Herzogthum Schleswig vorbehalten bleibt. Eurer Königl. Majestät Regierung hat in bewegter Zeit begonnen. Preußen wird unter Eurer Königl. Majestät Scepter sich selbst trenn bleiben. Preußen wird eingedenk sein des hohen Wortes: „daß es nicht bestimmt ist, dem Genuße der erworbenen Güter zu leben.“ Stets bereit, für die nationalen Interessen Preußens und Deutschlands — nur diesen gehört das Blut seiner Söhne — mit allen Kräften einzutreten, wird unser Volk unter der weisen Fortentwicklung seines Rechts- und Verfassungslebens an politischer Bildung und Tüchtigkeit wachsen, und so das sicherste Mittel gewinnen, den Geist des Um-

sturzes von sich fern zu halten. Das Land steht in guten und bösen Tagen in unverbrüchlicher Treue zu Eurer Königl. Majestät. In tiefster Ehrfurcht erstehen wir Eurer Königl. Majestät allerunterthänigste, treuegehoramste das Haus der Abgeordneten.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:
Hamburg, Donnerstag, 31. Jan. Nach hier eingetroffenen Kopenhagener Nachrichten aus guter Quelle haben die europäischen Mächte der dänischen Regierung in der holsteinischen Angelegenheit bringende Konzeptionen angerathen und angedeutet, daß sie eine etwaige dänische Blokade in Folge der Bundesexekution in Holstein keineswegs anerkennen würden.

(Eingeg. 31. Jan. 2 Uhr 40 Minuten Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Vom 30. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Graf Westerst aus Jatzewo, Ingenieur Bauer aus Breslau, die Kaufleute Würster aus Frankfurt a. M., Burbaum aus Fürth, Tschler, Golano, Sterb, Stark, Schwerin und Michaelis aus Berlin, Gante aus Bielefeld, Döhler aus Barmen, Poch aus Elberfeld, Lohse aus Königsberg, Dähner aus Eibenstock, Sahl aus Glogau und Scheibert aus Stettin.
HOTEL DU NORD. Die Kittergutsbesitzer v. Poddowski aus Seziory und v. Morawski aus Turlowo, Professor Schatz aus Pissa, die Kittergutsbesitzer v. Generalin v. Kolaczowska aus Zernitz, v. Tucholska aus Kozy-czyn und v. Starzyńska aus Chetkowo.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Conrad aus Barmen und Mahlboung aus Ansbach, k. k. Prem. Lieutenant a. D. v. Bonin aus Wien, Rentant Hecht aus Ritsche, Pfarrer Pestrach aus Kottitten und Gutsb. Dolinski aus Sławno.
BAZAR. Die Gutsb. Graf Wielzyński aus Pawlowice, v. Chlapowski aus Kopaewo, v. Lubinski aus Wotno und v. Chlapowski aus Turwia, die Gutsverwalter Podolski aus Lukom, die Bürgerfrauen Szapska aus Sumowo und v. Syniewska aus Zimzewo.
SCHWARZER ADLER. Kaufmann Müller aus Berlin und Kittergutsb. v. Brzeski aus Zabikowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Auf Grund des durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 9. Juni 1857 ertheilten Privilegiums wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Hypothekengelder Kreis-Obligations des Schrodaer Kreises, im Betrage von 140,000 Thlr. werden die Inhaber dieser Obligationen hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß bei der heut vorchriftsmäßig erfolgten Auslösung der zum 1. April 1861 einzulösenden Kreis-Obligations nachstehende Nummern gezogen worden sind:

Litt. A, zu 1000 Thlr. Nr. 39.
Litt. B, zu 100 Thlr. Nr. 98, 108, 112, 120, 166, 198.
Litt. C, zu 50 Thlr. Nr. 20, 29, 37, 199.
Litt. D, zu 25 Thlr. Nr. 32, 109, 122, 163, 248, 309, 327, 328, 337, 338.

Indem wir diese Kreis-Obligations hiermit kündigen, fordern wir deren Inhaber hiermit auf, die Baarzahlung des Nennwerthes der obigen Kreis-Obligations gegen Zurücklieferung derselben in fourförmigem Zustande und den dazu gehörigen noch nicht fälligen Coupons in termino den 1. April 1861 und später bei hiesiger Kreis-Kommunalkasse, bei der Provinzial-Institutionenkasse zu Posen und in Berlin bei den Banquierhäusern H. C. Plaut und Benoni Kaskel, in Breslau bei dem Schlesischen Bankverein, in Leipzig bei H. C. Plaut und in Dresden bei Robert Thode in Empfang zu nehmen.

Schroda, den 20. September 1860.
Die Stadtkommunikations-Kommission für den Chausseebau im Schrodaer Kreise.
Glaeser. Amilkar v. Karczewski.

Reminiscere-Messe zu Frankfurt a. O.

In der bevorstehenden Reminiscere-Messe beginnt das Auspacken der Waaren in den Gewölben am 16. Februar, der Meßbudenbau am 18. Februar, der Detailverkauf am 19. Februar von Morgens 6 Uhr ab.

Eingeläutet wird die Reminiscere-Messe am 25. Februar c. Frankfurt a. O., den 16. Januar 1861.
Der Magistrat.

Die Niederlassung eines Arztes am hiesigen Orte wird dringend gewünscht, worauf die Herrn Ärzte aufmerksam gemacht werden.
Obornitz, den 24. Januar 1861.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht, Erste Abtheilung zu Rogasen.
Das dem Carl Hoyer gehörige, im Dorfe Garbatka sub Nr. 1 bei Rogasen belegene Vorwerk, abgetheilt auf 8,083 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuliehenden Tare, soll am 3. Mai 1861, Vormittags 11 Uhr, an ordentlichem Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.
Der dem Auenthalte nach unbekannte Gläubiger: Gutsbesitzer Carl Kolbenack wird hierzu öffentlich vorgeladen.
Rogasen, den 27. September 1860.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Kosten, Abtheilung I.
den 12. September 1860.
Das dem Gutsbesitzer Wladislaus Smit-

kowski und dessen Ehefrau Antonina geborne Smigiccka gehörige ablige Rittergut Borowo nebst Zubehör, abgetheilt auf 89,481 Thlr. 22 Sgr. 5 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuliehenden Tare, soll am 6. Mai 1861 Vormittags 11 Uhr im neuen Gefängnisgebäude subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch zu den Akten anzumelden.

Am 1. Juli c. wird bei unserer Gemeinde das Amt des Rentanten und Sekretärs mit einem jährlichen Gehalte von 250 bis 300 Thaler vakant.
en, so wie in der administrativen Correspondenz geübte Bewerber, die außerdem eine gefällige Handschrift schreiben und eine Kaution von mindestens 200 Thaler erlegen können, wollen sich dieserhalb bis zum 1. März c. bei dem unterzeichneten Vorstände melden.
Lissa, im Großherzogthum Posen, den 22. Januar 1861.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Hiermit benachrichtige die Mitglieder des Schwedter Versicherungsvereins, daß nach dem Rechnungsabslusse pro 1860 die Mitglieder der Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft eine Dividende von 5½ Prozent und die der Mobiliar-Brandversicherungsgesellschaft eine Dividende von 50 Prozent der Prämie erhalten.

Die Dividendenscheine werden im Laufe des Monats Februar c. von mir ausgehändigt werden.

Antragsformulare zu Hagelschaden- und Mobiliar-Brandversicherungen verabreicht gratis und ertheile jede Auskunft zur Ausfertigung derselben gern.

Posen, den 29. Januar 1861.

Theodor Baarth,

Hauptagent
der Hagelschaden- und Mobiliar-Brandversicherungsgesellschaft zu Schwedt a. O.

Das in der Stadt Kunit an der Posener Straße unter No. 68 I. belegene Grundstück, bestehend aus einem 4 Stuben, 2 Alkoven und Kelleranbau enthaltenden Wohnhause, majestätischer Schmiedewerkstelle, ausreichenden Stallungen, Hofraum und einem circa 2 Morgen großen Obst- und Gemüsegarten, der an den hiesigen See angrenzt, soll aus freier Hand gegen gleich baare Auszahlung bis auf 90 Thlr., die vorläufig stehen bleiben können, verkauft werden.
Nähere Auskunft ertheilt der Gastwirth Beck in Bn in.

Die Verpachtung der Restauration in dem Schützenhause zu Rawicz soll vom 1. April 1861 ab auf anderweitige 6 Jahre stattfinden. Termin hierzu ist auf

Montag den 18. Februar 1861 Vormittags 11 Uhr in unserem Schützenhause anberaumt, bis zu welchem die Offerten frankirt und versiegelt an unseren Verweiser Herrn C. Kupke eingereicht sein müssen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Reflektanten werden eröffnet werden.

Die näheren Bedingungen liegen bei Herrn C. Kupke zur Einsicht aus, von denen Abschriften gegen Erstattung der Kopialien verabreicht werden.
Rawicz, den 26. Januar 1861.

Der Vorstand der Schützengilde.
Ein gebr. Kügel bill. zu verk. oder zu verleißen beim Möbelhändler S. Kornier, Markt.

Möbel-Auktion.

Montag am 4. Februar c., Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokale Breitestr. 20 und Büttelstraße 10

wegen Verzuges sehr gut erhaltene Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: Tische, Stühle, Sopha's, Spinde, Sekretär, Trumeau, Spiegel, Waschtische, Bettstellen, Figuren, Fußbeden etc.,

in wie für auswärtige Rechnung eine Partie Cigarren gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend veräußern. Lipsitz, Auktionskommissarius.

Alle Arten Strohhitze werden zum Waschen, Modernisiren und Färben angenommen und nach Berlin befördert von

Marie Elkan, Schloßstr. 2.

L. Heidborn's

Strahlender Spielfarten.

Die Spielfartenfabrik L. Heidborn in Stralsund erlucht diejenigen Herren Kaufleute in Posen und umliegenden Städten, welche geneigt sind, den Verkauf der Spielfarten derselben zu übernehmen, sich in frankirten Briefen an dieselbe zu wenden.

Von den so billig annoncierten Tisch- und Dessertmessern und Gabeln ist auch noch eine Partie einzelner Messer (ohne Gabeln) zu empfehlen. S. R. Kantorowicz, Wilhelmplatz 16.

NB. Die beliebtesten Horn-Obstmesser sind wieder vorrätig.

Uebersand früh um 6 Uhr im Hotel de France, Bergstraße 15.

Von heute jeden Tag frische Bierhese bei Jean Lambert.



Dr. HARTUNG'S k. k. a. priv.

Chinarinden-Öl,

zur Konservirung und Verschönerung der Haare, à Flasche mit Gebrauchsanweisung 10 Sgr.

Kräuter-Pomade,

zur Wiedererweckung und Stärkung der Haare, à Kraule mit Gebrauchsanweisung 10 Sgr.

Die Dr. Hartung'schen Haarwuchsmittel unterscheiden sich durch ihre bewährten ausgezeichneten Eigenschaften und durch ihren wohlfeilen Preis sehr vorteilhaft von den so mannigfach angepriesenen Macassar-, Klettenwurzel- und den meisten anderen Haarlösern und Haarpomaden, und können sonach mit vollem Rechte als das Beste und Billigste in diesem Genre gewissenhaft empfohlen werden. Ausführliche Prospekte werden gratis verabreicht und die Mittel selbst in Posen echt und unverfälscht nur allein verkauft bei

J. Menzel, Wilhelmsstr., neben der Post.

A. W. BULLRICH'S

UNIVERSAL-REINIGUNGS-SALZ

ist wieder frisch vorrätig bei

Ludw. Joh. Meyer.

Die neue

Berliner Mehluwaren-Handlung

von Emil Kirchner Nachfolger

empfiehlt den hochgeehrten Herrschaften

allerbeste große süße türkische Tafel-Pflanzen, desgl. große süße ungarische und böhmische Pflanzen (besonders fein schmeckend), feine diverse geschälte Obstsorten zu verschiedenen billigen und festen Preisen.

Lager sämmtlicher Sorten Chokoladen

aus der Fabrik von Th. Hildebrand & Sohn in Berlin. Verkauf zum Fabrikpreise.

Emil Kirchner Nachfolger, Capibaplag.

Messinaer Apfelsinen und Citronen,

neue ital. u. franz. Prünellen, neue Sultan-Rosinen, Alex. Datteln, Smyrn. Feigen, Schaalmandeln und Traubenrosinen bei Adolph Bernstein, Schloßstr. und Markt- Ecke Nr. 5.

Mocca-Coffee

der allerfeinsten Qualität, täglich frisch gebrannt, das richtige Zoltpfund à 13 Sgr. bei Adolph Bernstein, Schloßstr. und Markt- Ecke Nr. 5.

Nach in Bromberg haben wir einen polnischen Geistlichen zum deutschen Prediger.

Mehrere deutsche Katholiken.

Um nähere Erklärung der ihm durch J. gewordenen Zusage, bittet der Empfänger.

Am 3. d. M. sind mir sämmtliche Quittungen vom Gute Neumühl über bezahlte Zinsen vom Jahre 1858 bis Johanni 1860 abhanden gekommen; ich erkläre hiemit für ungültig.

E. Ertel auf Antonino bei Posen.
Ein Armband, türkischer Facon, ist verloren worden. Abzugeben gegen angemessene Belohnung im Laden alten Markt 51.

Zur Nachricht für Auswanderer und Reisende!

Am 1. und 15. allmonatlich finden gleich den vorangegangenen Jahren auch im Laufe dieses Jahres meine direkten überseeischen Expeditionen ab Bremen und Hamburg — nicht über England —

nach Nord- und Süd-Amerika, auch Australien etc.

unterm Schutz der preussischen und amerikanischen Gesetze sowohl per Dampf- als Segelschiff zu den allerbilligsten Hafenpreisen statt, und zwar nach folgenden Hafenplätzen:

New-York, Baltimore, Boston, Philadelphia, Quebec, New-Orleans, Galveston (Texas), San Francisco in Californien, Melbourne und Port Adelaide etc.

Als alleiniger General-Agent für den ganzen Umfang des preussischen Staats und als Vertreter der allerersten und größten Expeditionen- und Reisebüros find mir, um allen an mich zu richtenden Anforderungen genügen zu können, 10 Dampfschiffe ersten Ranges, welche jedoch nur nach New-York dirigiert werden, und über 100 Segelschiffe vom größten Kaliber, durchweg Dreimaister und gepuffert, zur unbeschränkten Verfügung gestellt.

Für die Zuverlässigkeit meiner Expeditionen und der damit in Verbindung stehenden realen Grundlagen, spricht das mir von den höchsten Behörden beigelegte Vertrauen durch das mir übertragene umfangreiche Geschäft für den ganzen Umfang des Staats mit dem Bemerken, daß die im Laufe des Jahres 1860 meinerseits expedierten 178 Schiffe gleich den vorangegangenen Jahren mit sämtlichen Passagieren unterm Schutz der Vorkehrung glücklich gelandet sind. Auf portofreie Anfragen erteile ich unentgeltlich und bereitwillig jede Auskunft unter Beifügung meines Prospekts, enthaltend: die Belegungen, Bedingungen und das zum Schutz für die Auswanderung bestehende Gesetz nebst Reglement.

H. C. Platzmann, in Berlin, Louisenplatz Nr. 7.
Königl. preussischer konfessionirter General-Agent.

Ein Ablageplatz, dicht an der Warthe und verschließbar, ist vom 1. April 1861 ab billig zu vermieten, Venetianerstraße Nr. 11 beim Eigentümer.

Schauspieler

(Herren und Damen) finden sofort nach portofreier Anfrage unter der Adresse **N. N. Rindbaum** Engagement. Repertoire wird mitgeteilt.

Zur Leitung eines kleinen Haushaltes und zur Pflege einer Tochter von 10 Jahren wird fogleich, oder doch von Oftern ab, eine durch die nöthige Bildung geeignete Persönlichkeit im vorgerückteren Lebensalter von einem Beamten gesucht. Meldungen werden unter der Adresse **M. 26.** in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein unverheiratheter Schmied und Böttcher, mit guten Zeugnissen versehen, finden dauernde Beschäftigung. Zu erfragen in der **Zerzäher Fabrik** oder Breitenstraße Nr. 10.

Zum 1. Mai cr. wird auf dem Dominio **Sowarzewo** bei Schwerzen ein Ziegelmeister gesucht.

Bei **G. H. Schröder** in Berlin ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ueber die wahren Ursachen

habituellen Leibesverstopfung

und die zuverlässigsten Mittel, diese zu beseitigen.

von **Dr. Moritz Strahl,**
Königl. Sanitätsrath etc.

Achte, mit Abbildungen erläuterte und reich vermehrte Auflage.
8. geb. 12 Bogen. Preis 10 Sgr.

Ein Werk, das schon so vielen Tausenden zum Segen gereicht hat, bedarf keiner besonderen Empfehlung. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Herr Verfasser durch seine glückliche Behandlung Unterleibsfranken einen glänzenden Aufweis über die Grenzen Deutschlands hinaus erlangte. Leider ist derselbe im Oktober 1860 mit Tode abgegangen; allein seine bewährte Kurmethode wird auch fernerhin in gleicher Zuverlässigkeit für die leidende Menschheit erhalten bleiben, da sein vieljähriger und mit der Eigenthümlichkeit der Strahl'schen Behandlungsweise vollkommen vertrauter Freund und oftmaliger Stellvertreter, Herr Sanitätsrath **Dr. Lessing** in Berlin, auf besonderen Wunsch der hinterbliebenen Familie die Praxis des Verstorbenen übernommen hat und dieselbe bei Unterleibsfranken in seinem Sinne gewissenhaft fortsetzen wird.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 30. Jan. 1861.

Eisenbahn-Aktien.	
Aachen-Düsseldorf	3 7/8 B
Aachen-Masticht	4 1/2 B u G
Amsterd. Rotterd.	4 7/8 B u G
Berg. Märk. Lt. A.	82 B
do. Lt. B.	71 B
Berlin-Anhalt	4 107 1/2 B
Berlin-Hamburg	4 103 B
Berl. Potsd. Magd.	4 127 1/2 B
Berlin-Stettin	4 100 1/2 B
Bresl. Schw. Freib.	4 81 1/2 B
Brieg-Neiße	4 —
Cöln-Erfeld	4 —
Cöln-Minden	3 125 B
Cöln-Neuwied	4 33 1/2 B
do. Stamm-Pr.	4 70 B
do. do.	4 80 1/2 B
Essbau-Zittauer	4 —
Ludwigshaf. Verh.	4 125 1/2 B u G
Magdeb. Halberst.	4 187 B
Magdeb. Wittenb.	4 31 1/2 B
Mainz-Ludwigsh.	4 95 1/2 B
Mecklenburger	4 43 1/2 B
Münster-Sammer	4 —
Neustadt-Weisenb.	4 93 B
Niederichl. Märk.	4 —
Niederichl. Zweigb.	4 —
do. Stamm-Pr.	4 —
Nordb. St. Wilh.	5 42 1/2 B
Oberichl. Lt. A. u. C.	3 120 B
do. Lt. B.	3 107 1/2 B
Dest. Franz. Staat.	5 126 1/2 B
Oppeln-Tarnowitz	4 28 B
Pr. Wilh. (Steele-W.)	4 —

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.	
Berl. Cassenverein	4 115 B
Berl. Handels-Ges.	4 77 B
Braunschw. St. A.	4 62 1/2 B
Bremer do.	4 96 1/2 B
Coburg. Kredit-do.	4 38 B
Danzig. Priv. Bl.	4 83 B
Hamburg. Abf. A.	4 66 1/2 B
do. Ber. Scheine	4 —
do. Zettel-B. A.	4 92 1/2 B
Deffauer Kredit-do.	4 12 1/2 B u G
Deffauer Landesbl.	4 15 1/2 B
Dist. Comm. Anth.	4 76 1/2 B u G
Emser Kredit. Bl. A.	4 21 1/2 B
Germer do.	4 67 1/2 B
Gothaer Priv. do.	4 65 1/2 B
Hannoversche do.	4 89 1/2 B
Königsb. Priv. do.	4 80 1/2 B
Leipzig. Kredit-do.	4 58 B
Luxemburger do.	4 78 B
Magdeb. Priv. do.	4 77 B
Meining. Kred. do.	4 63 1/2 B
Mosbau. Land. do.	4 —
Norddeutsche do.	4 78 B
Dest. Kredit. do.	5 51 1/2 B u G
Pomm. Ritt. do.	4 57 1/2 B u G
Potsd. Prov. Bank	4 77 1/2 B
Preuss. Bank-Anth.	4 125 B
Rostocker Bank Anth.	4 103 B
Schlef. Bankverein	4 75 B
Thüring. Bank-Anth.	4 49 1/2 B
Vereinsbank, Hamb.	4 97 1/2 B

Industrie-Aktien.	
Deffau. Kon. Gas-A.	5 94 B u B
Berl. Eisenb.-Fabr. A.	5 60 B
Hörder Hüttenw. A.	5 49 1/2 B u G
Münster. Bergw. A.	5 24 B p. St.
Neustadt. Hüttenw. A.	4 102 1/2 B [Co. Zins.]
Concordia	4 350 B
Magdeb. Feuerverf. A.	4 350 B
Prioritäts-Obligationen.	
Aachen-Düsseldorf	4 81 B
do. II. Em.	4 80 B
do. III. Em.	4 85 B
Aachen-Masticht	4 —
do. II. Em.	4 —
Bergsch. Märkische	5 102 1/2 B
do. II. Ser.	5 101 1/2 B IV. 99 1/2 B
do. III. S. 3 1/2 (R. S.)	3 74 1/2 B
do. Düffeld. Elberf.	4 84 1/2 B
do. II. Em.	4 83 1/2 B
do. III. S. (D. Coeff.)	4 83 1/2 B
do. II. Ser.	4 91 1/2 B
Berlin-Anhalt	4 96 1/2 B
do. do.	4 100 B
Berlin-Hamburg	4 103 B
do. II. Em.	4 102 B
Berl. Potsd. Mg. A.	4 93 1/2 B
do. Litt. C.	4 99 1/2 B
do. Litt. D.	4 99 1/2 B
Berlin-Stettin	4 —
do. II. Em.	4 86 1/2 B
do. III. Em.	4 86 1/2 B
Bresl. Schw. Freib.	4 —
Brieg-Neiße	4 —
Cöln-Erfeld	4 —
Cöln-Minden	4 100 1/2 B
do. II. Em.	5 103 B

Göln-Minden	
do. III. Em.	4 83 1/2 B
do. do.	4 91 1/2 B
do. IV. Em.	4 82 B
Col. Dersch. (Wilh.)	4 —
do. III. Em.	4 84 1/2 B
Magdeb. Wittenb.	4 91 1/2 B
Niederichl. Märk.	4 92 1/2 B
do. conv.	4 92 B
do. conv. III. Ser.	4 92 B
do. IV. Ser.	5 102 1/2 B
Nordb. Fried. Wilh.	4 100 1/2 B
Oberichl. Litt. A.	4 —
do. Litt. B.	3 79 1/2 B C. —
do. Litt. D.	4 86 B
do. Litt. E.	3 74 B
do. Litt. F.	4 93 B
Destreich. Franzöf.	3 250 B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5 11. —
do. III. Ser.	5 —
Rheinische Pr. Obl.	4 84 B
do. v. Staatgarant.	3 80 1/2 B
Rheinische Pr. Obl.	4 87 1/2 B
Rh. Rhe. Pr. v. St. G.	4 95 B
Ruhrort-Erfeld	4 —
do. II. Ser.	4 80 B
do. III. Ser.	4 —
Stargard-Posen	4 —
do. II. Em.	4 93 B
do. III. Em.	4 93 B
Thüringer	4 101 1/2 B
do. III. Ser.	4 99 1/2 B
do. IV. Ser.	4 98 1/2 B
Preussische Fonds.	
Freiwillige Anleihe	4 100 1/2 B
Staats-Anl. 1859	5 104 1/2 B
do. do.	4 100 1/2 B
do. 1856	4 100 1/2 B
do. 1853	4 95 1/2 B
Pr. Präm. St. A. 1855	3 115 1/2 B

Staats-Schuldsch.	
Kur-u. Neum. Schuld.	3 85 1/2 B
Berl. Stadt-Oblig.	4 100 1/2 B
do. do.	4 82 1/2 B
Berl. Börsenb. Obl.	5 102 1/2 B
Kur-u. Neumarkt.	3 90 B
Ostpreussische	3 82 1/2 B
do. do.	4 92 B
Pommersche	3 88 B
do. neue	4 96 B
Posenische	4 100 1/2 B
do. do.	3 92 1/2 B
do. neue	4 88 B
Schlesische	3 88 1/2 B
do. Staat gar. B.	3 82 1/2 B
Westpreussische	4 91 1/2 B
do. do.	4 91 1/2 B
Kur-u. Neumarkt.	4 95 1/2 B
Pommersche	4 95 1/2 B
Posenische	4 91 1/2 B
Rhein- u. Westf.	4 95 1/2 B
Sächliche	4 95 1/2 B
Schlesische	4 94 1/2 B
Ausländische Fonds.	
Destr. Metalliques	5 40 1/2 B u B
do. National-Anl.	5 48 1/2 B
do. 250fl. Präm. D.	4 52 1/2 B
do. neue 100fl. Coeff.	4 48 1/2 B
5. Stieglitz-Anl.	5 87 1/2 B
do. do.	5 99 1/2 B
Englische Anl.	5 101 1/2 B
Russ. Egl. Anl.	3 60 B
Poln. Schatz-D.	4 80 1/2 B u G
Cert. A. 300 fl.	5 93 1/2 B
do. B. 200 fl.	23 B
Pdbr. u. in St. R.	4 86-85 1/2 B
Part. D. 500 fl.	4 91 B

Gold, Silber und Papiergeld.	
Friedrichsd'or	— 113 1/2 B
Gold-Kronen	— 9. 4 B
Louisd'or	— 108 1/2 B
Souverains	— 6. 19 1/2 B
Napoleonsd'or	— 5. 9 1/2 B
Gold pr. 3. Pfd. f.	— 455 1/2 B
Dollars	— 1. 11 1/2 B
Silb. pr. 3. Pfd. f.	— 29. 21 B
R. Schatz. Kass. f.	— 99 1/2 B
Fremde Banknot.	— 99 1/2 B
do. (einkl. in Leipzig)	— 99 1/2 B
Fremde kleine	— 99 1/2 B
Destr. Banknoten	— 64 1/2 B
Poln. Bankbillet	— 87 B
Wechsel-Kurse vom 29. Jan.	
Amsterd. 250fl. kurz	3 141 1/2 B
do. 2 M.	3 140 1/2 B
Hamb. 300fl. kurz	2 450 1/2 B
do. 2 M.	2 149 1/2 B
London 1 Pfd. 3 M.	4 6. 18 1/2 B
Paris 300 fr. 2 M.	3 78 1/2 B
Wien 500 fl. 3 M.	2 63 1/2 B
do. 2 M.	2 64 1/2 B
Augsb. 100 fl. 2 M.	3 56. 20 B
Kranf. 100 fl. 2 M.	3 56. 22 B
Leipzig 100 fl. 3 M.	4 99 1/2 B
do. 2 M.	4 99 1/2 B
Petersd. 100 R. 3 M.	4 97 1/2 B
Bremen 100 R. 3 M.	3 108 1/2 B
Warichau 90 R. 3 M.	— 87 1/2 B
Bank-Dist. f. Wschl.	4 —

Die Börse war heute hauptsächlich mit der Liquidation beschäftigt.

Breslau, 30. Jan. Kurse im Allgemeinen gut behauptet und wenig verändert. Schlusskurse. Deffau. Kredit. Bank-Aktien 51 1/2 B. Schlesischer Bankverein 75 Br. Breslau-Schweidnitzer-Freiburger Aktien 82 Br. dito Prior. Oblig. 85 1/2 B. dito Prior. Oblig. 92 1/2 B. Köln-Mindener Prior. —. Rheinf. Brieger —. Oberichl. Lit. A. u. C. 119 1/2 B. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 86 1/2 B. Prior. Oblig. Lit. F. 93 1/2 Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 73 1/2 B. Doppel-Tarnowitzer 23 1/2 Br. Rosel-Dorberger 33 1/2 B. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. —. dito Stamm-Oblig. Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 30. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Destr. Fonds, Aktien und Industriepapiere etwas matter, Anleihebörsen fester. Schlusskurse. Staats-Prämien-Anleihe 116 1/2. Preuss. Kassen-Anleihe 105 1/2. Ludwigshafen-Verh. 125 1/2. Berliner Wechsel 105 1/2. Hamburger Wechsel 87 1/2. Londoner Wechsel 117 1/2. Pariser Wechsel 92 1/2. Wiener Wechsel 92 1/2.